



Koalitionsvertrag 2026 – 2029
zwischen SPD und CDU in Brandenburg

VERANTWORTUNG FÜR BRANDENBURG

SPD Soziale
Politik für
Brandenburg.

 **CDU**
LANDESVERBAND BRANDENBURG

Entwurf eines gemeinsamen Koalitionsvertrages von SPD und CDU

A. Präambel: „Verantwortung für Brandenburg“	3
B. Wie entwickeln wir Brandenburg zukunftsfit – solide, digital und effizient?.....	3
Entschlossenes Handeln für stabile Landesfinanzen	4
Zukunftsfähige Kommunalfinanzen	5
Digitalisierung voranbringen – Bürokratie abbauen	5
C. Wie gestalten wir Brandenburg modern und weltoffen – und stärken dabei Ehrenamt, Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit unseres Landes langfristig?6	
Demokratie stärken und Ehrenamt schützen	7
Medienlandschaft fördern und regionale Berichterstattung ausbauen	7
Europäische Zusammenarbeit vertiefen – Nachbarschaft zu Polen ausbauen	8
Ostdeutschland sichtbarer machen	8
D. Wie sichern wir Wohlstand und gute Arbeit in Brandenburg und stärken regionale Wertschöpfung von Landwirtschaft bis Industrie im kommenden Jahrzehnt?.....8	
Industrie – Rückgrat unserer Wirtschaft	9
Energie-Land Brandenburg.....	9
Klimaschutz und klimaneutrale Wirtschaft.....	10
Handwerk – Grundpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft	10
Unternehmer- und Gründergeist wecken	11
Arbeitsmarkt mit guten Perspektiven.....	11
Tourismus und Medienstandort Brandenburg als Wirtschaftsfaktoren.....	12
Land- und Ernährungswirtschaft – konventionell und ökologisch	12
Wasser – bedeutender Rohstoff der Zukunft.....	13
Nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Wildtiermanagement.....	13
Wirksamer Verbraucherschutz, starker Tierschutz	14
E. Wie eröffnen wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Brandenburg verlässliche Zukunftschancen und machen Wissenschaft, Kultur und Innovation zur Stärke des Landes?.....14	
Verlässliche frühkindliche Bildung.....	14
Gute Bildung – gute Chancen	15
Beteiligung, Schutz und verlässliche Angebote für junge Menschen.....	16
Sport ist Gesundheits- und Bildungsfaktor	17
Wissenschafts- und Innovationsstandort Brandenburg	17
Erwachsenenbildung und Volkshochschulen	18
Verlässliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur	18
F. Wie bleibt Brandenburg stabil, sicher und handlungsfähig? Wie sorgt Brandenburg für Ordnung und schützt seine Bürgerinnen und Bürger?.....19	
Sichtbare Polizeipräsenz und Ordnung gewährleisten	19
Starker Verfassungsschutz zur Abwehr extremistischer Bestrebungen.....	20
Krisenfester Brand- und Katastrophenschutz	20

BIO →

Leistungsfähige zivile Verteidigung und Unterstützung der Bundeswehr.....	21
Migration und Integration steuern.....	21
Justiz – schnell, modern und wirksam.....	22
G. Wie bleibt Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert?	23
Leistungsfähige, flächendeckende Gesundheitsversorgung	23
Gesundheitsvorsorge und Versorgungssicherheit weiterentwickeln	24
Pflege und würdevolles Altern.....	25
Soziale Sicherheit und Vielfalt für ein starkes Gemeinwesen	26
Gemeinschaft leben	26
H. Wie gelingt „Ankommen“ in Brandenburg?	27
Wachstum fördern durch Landesplanung und Regionalentwicklung	27
Straßen-, Brücken und Radwegbau voranbringen	27
Schienenprojekte auf die Strecke bringen.....	28
Schneller bauen für mehr bezahlbares Wohnen	29
I. Grundsätze der Zusammenarbeit	30
J. Annex zum Koalitionsvertrag: Maßnahmenkatalog	32

CHORIN

34

Sachverständigenrat

37 ?

A. Präambel: „Verantwortung für Brandenburg“

„Verantwortung für Brandenburg“ ist kein Slogan, sondern unser Maßstab für Entscheidungen, für Prioritäten und für unsere Art zu regieren. Unser Land zeichnet sich durch Kraft, Zusammenhalt und ausgeprägte Leistungsbereitschaft aus.

Doch wir erleben wirtschaftliche Brüche und einen tiefgreifenden technologischen Wandel, eine angespannte Sicherheitslage in Europa, Angriffe auf demokratische Institutionen, demografischen Druck und vor allem eine Finanzsituation, die keinen Spielraum für Illusionen lässt. Brandenburg braucht jetzt einen Kurs der Konsolidierung und finanziellen Verantwortung.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger erwarten Lösungen für eine starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen, für bezahlbares Wohnen, für gute Bildung und echte Aufstiegschancen, für verlässliche Versorgung sowie für Ordnung und Sicherheit.

Sie erwarten einen Staat, der funktioniert – zuverlässig, verständlich und effizient. Und sie erwarten Ehrlichkeit darüber, was möglich ist und was Priorität hat.

Wie viele andere Länder erlebt auch Brandenburg eine wachsende Bedrohung durch Extremismus. Das ist eine Warnung und ein Auftrag zugleich. Demokratie braucht Schutz, klare Kante gegen Hass und Gewalt sowie Angebote, die Menschen erreichen, bevor Radikalisierung entsteht.

Wir treten an, um Vertrauen zurückzugewinnen. Darum gilt für diese Koalition ein einfacher Grundsatz: Politik orientiert sich an den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und daran, die finanziellen Grundlagen des Landes und damit Handlungsfähigkeit zu sichern.

Zugleich ist Politik darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung übernehmen und sich aktiv und respektvoll für das Gemeinwohl einsetzen, sich informieren, dass sie mitreden und mitentscheiden wollen. „Verantwortung für Brandenburg“ bedeutet für uns deshalb auch, gemeinsam Prioritäten zu setzen.

Wir werden Programme überprüfen, Doppelstrukturen abbauen, Verfahren vereinfachen und den Staat auf das Wesentliche konzentrieren. Und das Wesentliche ist klar: Schutz unserer Demokratie, Sicherheit, eine Wirtschaftspolitik, die Wertschöpfung im Land hält, Kitas, Schulen und Hochschulen, die Kindern und Jugendlichen Zukunftschancen bieten, eine erreichbare und leistungsfähige Gesundheitsversorgung sowie verlässliche soziale Angebote, gute Infrastruktur auf Straße, Schiene und im digitalen Netz, handlungsfähige Kommunen, sozial verträglicher Klimaschutz und vielfältige Kulturangebote.

Dazu gehört ein Staat, der Recht durchsetzt, und eine Politik, die nicht spaltet, sondern verbindet. Uns geht es um Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit. Wir werden das Nötige tun und das Richtige nicht aufschieben. Dafür braucht es Disziplin und Klarheit, Mut und Zuversicht.

Wir laden alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, diesen Weg mit uns zu gehen. Wir übernehmen Verantwortung für Brandenburg, weil es unsere Heimat ist.

B. Wie entwickeln wir Brandenburg zukunftsfest – solide, digital und effizient?

Der Landeshaushalt steht, wie alle öffentlichen Haushalte, vor anhaltend großen Herausforderungen. Zu den landesseitig zusätzlich zu berücksichtigenden (Risiko-)Faktoren gehört neben den Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung die beim Landesverfassungsgericht anhängige Klage gegen den laufenden Landeshaushalt.

46 Zahlreiche internationale und gesamtwirtschaftliche Krisenerscheinungen dauern an; weitere
47 können nicht ausgeschlossen werden. Die Finanzpolitik des Landes wird sich in den nächsten
48 Jahren in diesem Spannungsfeld bewähren müssen. Sie muss dabei anpassbar und
49 nachjustierbar sein.

50 Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu einer soliden und verantwortungsbewussten
51 Finanzpolitik unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

52 Brandenburg muss einfacher, schneller und digitaler werden. Bürgerinnen und Bürger,
53 Unternehmen und Selbstständige erwarten zu Recht eine effiziente Verwaltung mit digitalen,
54 verständlichen und gut erreichbaren Angeboten. In Brandenburg sind solche Lösungen bereits
55 vorhanden, jedoch noch nicht flächendeckend.

56 **Entschlossenes Handeln für stabile Landesfinanzen**

57 Wir halten am Länderfinanzausgleich in seiner Grundlogik fest und treten Versuchen
58 entgegen, ihn zulasten finanzschwacher Länder auszuhöhlen. Wir begleiten die Debatte zur
59 Reform und Modernisierung der Schuldenregel.

60 Es bedarf eines Maßnahmenpaketes zur strukturellen Verbesserung der finanziellen Situation
61 des Landes. Dieses muss auch berücksichtigen, dass es gerade in schwierigen Zeiten eine
62 kraftvolle politische Gestaltungsperspektive für Land und Kommunen braucht.

63 Die Arbeit der Koalition orientiert sich in der laufenden Wahlperiode insbesondere an den
64 folgenden finanzpolitischen Grundsätzen:

- 65 • Für die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2027/2028 wird eine Orientierung an den
66 Ansätzen (Planwerten) für das Jahr 2026 vereinbart;
- 67 • Zusätzliche Ausgaben müssen von entsprechenden Einsparungen begleitet werden,
68 insbesondere bei strukturellen Ausgabeverpflichtungen;
- 69 • Die Kernaufgaben des Staates und der Verwaltung, insbesondere Polizei, Justiz,
70 Bildung und Finanzverwaltung, haben Priorität;
- 71 • Die Koalition bekennt sich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung
72 und Stärkung dieser Bereiche, wozu auch die vorgesehene Stellenausstattung gehört.

73 Andere Bereiche der weiteren und mittelbaren Landesverwaltung werden einer kritischen
74 Überprüfung hinsichtlich Ausstattung, Effizienz und Notwendigkeit unterzogen.

75 Die Koalition strebt als wirksamen Konsolidierungsbeitrag das ehrgeizige Ziel an, die vom
76 Land veranschlagten Personalausgaben schrittweise um insgesamt fünf Prozent zu
77 verringern. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind lediglich die Kernbereiche der
78 Landesverwaltung. Auch vom Land ganz oder teilweise finanzierte Personalkosten Dritter
79 werden überprüft.

80 Grundsätzlich gilt, dass Verbeamtungen nur noch in den Kernbereichen hoheitlichen Handelns
81 vorgenommen werden sollen. Das Laufbahnrecht und das Zulagenwesen werden wir deutlich
82 straffen.

83 Unser Ziel ist es, die Attraktivität der Bezahlung im öffentlichen Dienst dauerhaft zu sichern
84 und die rechtlichen Vorgaben zur amtsangemessenen Besoldung zu berücksichtigen. Die
85 Übernahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen erfolgt systemgerecht unter Beachtung
86 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

87 Die Koalition hält eine kritische Überprüfung des bestehenden Landesbeauftragtenwesens für
88 erforderlich.

89 Ebenso ist es notwendig, eine kritische „Inventur“ der Förderlandschaft im Land Brandenburg
90 mit dem Ziel der messbaren finanziellen Bereinigung durchzuführen. Die Kofinanzierung von
91 EU- und Bundesprogrammen ist zu optimieren und kritisch zu überprüfen. Die
92 Wirtschaftspläne des Sondervermögens Zukunftspaket Brandenburg (Landesmittel) und des

93 Zukunftsinvestitionsfonds sind mit Aufstellung des Landeshaushalts ab 2027 grundlegend zu
94 überarbeiten.

95 Die Koalition bekennt sich zu einer leistungsfähigen und bürgerfreundlich arbeitenden
96 Finanzverwaltung. Sie wird die laufende digitale Transformation der brandenburgischen
97 Steuerverwaltung weiter unterstützen und Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen.

98 Es versteht sich, dass alle vereinbarten und erörterten Maßnahmen des Koalitionsvertrages
99 grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehen (Haushaltsvorbehalt). Dazu
100 gehört auch, dass Maßnahmen, Projekte und Verpflichtungen, die in vorangegangenen
101 Legislaturperioden unter anderen Annahmen und Rahmenbedingungen verabredet wurden,
102 erneut auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

103 **Zukunftsfähige Kommunalfinanzen**

104 Die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) ist die wichtigste Grundlage für einen
105 fairen Interessenausgleich zwischen dem Land Brandenburg und seinen Kommunen. Die
106 Koalition strebt eine einvernehmliche Lösung mit den Kommunen bezüglich der Verbundquote
107 und der Vorwegabzüge an. Hinzu kommen Maßnahmen zur Verbesserung der
108 Einsatzmöglichkeiten kommunaler Finanzen.

109 Der Anteil investiver Schlüsselzuweisungen soll erhöht und gleichzeitig für Erhaltungs- und
110 Unterhaltungsmaßnahmen geöffnet werden. Die Maßnahmen werden bis 2029 befristet und
111 danach evaluiert. Zu den Jahresabschlüssen wird es rechtzeitig einen Verfahrensvorschlag
112 für die Ausgestaltung geben.

113 Es erfolgt eine Überprüfung der restriktiven Vorschriften bezüglich der Kreditaufnahme von
114 Kommunen mit der Zielsetzung, die Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen zu
115 verbessern. Das kommunale Investitionsprogramm „Brandenburg-Kredit für Kommunen“ der
116 Investitionsbank des Landes Brandenburg wird fortgeführt.

117 Ebenso werden wir die Gebührenordnungen des Landes überarbeiten, um den
118 Gestaltungsspielraum der Kommunen zu erweitern. Die Koalition verfolgt das Ziel der
119 Erhöhung der Rückgriffsquote beim Unterhaltsvorschuss. Hierzu wird ein Anreizsystem für
120 Landkreise und kreisfreie Städte geschaffen.

121 **Digitalisierung voranbringen – Bürokratie abbauen**

122 Unser gemeinsames Ziel ist es, überflüssige Regelungen abzuschaffen, Verfahren zu
123 entschlacken und effizienter zu machen. Dazu werden wir

- 124 • die Bund-Länder-Beschlüsse vom 4. Dezember 2025 zur Staatsmodernisierung
125 umsetzen;
- 126 • die laufenden Prozesse zum Abbau unnötiger bürokratischer Hürden auf Landesebene
127 konsequent fortsetzen;
- 128 • innerhalb der Landesregierung Verfahren und Arbeitsabläufe überprüfen, um weitere
129 Erleichterungen umzusetzen;
- 130 • Förderrichtlinien standardisieren und Förderverfahren digitalisieren;
- 131 • über den Sonderausschuss Bürokratieabbau im Landtag weitere Entlastungen auf den
132 Weg bringen;
- 133 • Regelungen abschaffen, die über EU- und/oder Bundesrecht hinausgehen;
- 134 • das europäische Recht mit dem Landesdatenschutzrecht auf eine 1:1-Umsetzung
135 abgleichen und die Übertragung von Aufgaben des Landesdatenschutzes an den Bund
136 prüfen.

137 Digitalprojekte werden künftig in Brandenburg einheitlich gesteuert. Für Rechtsetzung,
138 Verfahren und Prozesse führen wir einen Digitalcheck ein. Die Umsetzung vieler konkreter
139 Anwendungen erfolgt in den Kommunen. Deswegen sind eine enge Zusammenarbeit und
140 gemeinsame Finanzierung von Vorhaben unabdingbar. Ziel ist es, mit den Kommunen ein

zentrales Portfolio von Digital- und IT-Vorhaben verbindlich abzustimmen und die Projekte von einer professionalisierten Projektebene realisieren zu lassen. Für die Kommunen soll eine Roll-In-Struktur etabliert werden, damit Tools und Projekte nach einheitlichen Standards und einheitlichem Vorgehen implementiert werden.

Unabdingbar ist eine zentrale Steuerung des Gesamtprozesses. Deswegen behalten wir die Bündelung der Zuständigkeiten und Ressourcen bei. Dazu gehört das Digitalbudget als verbindliche und langfristige Grundlage für Digital- und IT-Vorhaben.

Die Zusammenarbeit der Digitalagentur Brandenburg GmbH, dem ZIT-BB (inklusive KAZ), dem ZenIT, der TUIV AG und dem Zweckverband DIKOM wird intensiviert und bestehende Rechenzentrumsstrukturen werden konsolidiert. Die Kommunen sollen durch gemeinsame Beschaffung und Rahmenverträge unterstützt werden.

Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) konzentrieren wir uns auf Fokusleistungen wie Wohnsitzummeldung, Elterngeld und das schnelle An- und Abmelden von Unternehmen. Zudem setzen wir Schwerpunkte auf Servicequalität und Ende-zu-Ende-Digitalisierung. Dazu werden wir

- die Fokusleistungen des OZG schnellstmöglich bereitstellen;
- die Register modernisieren, damit Bürgerinnen und Bürger ihre Daten nur einmal an eine Behörde übermitteln müssen (Once-Only-Prinzip);
- Künstliche Intelligenz strukturiert und systematisch für die Verwaltung nutzen.

Cybersicherheit und digitale Souveränität verstehen wir als strategische Zukunftsaufgaben. Deshalb setzen wir die Cybersicherheitsstrategie des Landes um, unterstützen private Investitionen, bauen eine zentrale Stelle für Cybersicherheit (beim CERT) auf, testen zeitnah das Open Source Produkt OpenDesk und begleiten die Umsetzung der deutschen Verwaltungscloud-Strategie.

C. Wie gestalten wir Brandenburg modern und weltoffen – und stärken dabei Ehrenamt, Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit unseres Landes langfristig?

Das gesellschaftliche Klima ist spürbar rauer geworden. Extremismus in all seinen Formen – insbesondere Rechtsextremismus und Antisemitismus –, zunehmende Polarisierung, Desinformation und Verschwörungstheorien verunsichern viele Menschen und gefährden das respektvolle Zusammenleben. Wer sich ehrenamtlich engagiert, im Einsatzdienst steht oder kommunalpolitisch Verantwortung übernimmt, sieht sich immer häufiger Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt. Die klare Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an den Staat ist, dass solche Entwicklungen weder hingenommen noch verharmlost werden, sondern dass Betroffene wirksam geschützt werden und Recht konsequent durchgesetzt wird.

Uns ist bewusst, wie unverzichtbar ehrenamtliches Engagement im Land Brandenburg ist. Ehrenamt steht für gelebten gesellschaftlichen Zusammenhalt – getragen von Menschen, die ihre Zeit und Kraft einsetzen und Verantwortung für andere übernehmen. Sie erwarten zu Recht verlässliche Unterstützung, Wertschätzung und spürbare Entlastungen im Alltag.

Für eine informierte Meinungsbildung sind verlässliche Informationen von zentraler Bedeutung. Unabhängiger Journalismus ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwarten die Menschen Ausgewogenheit, Transparenz und stabile Beiträge.

Europa ist ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Allerdings wird Europa von vielen Bürgerinnen und Bürgern oft als fern und kompliziert wahrgenommen. Häufig verbinden sie die Europäische Union vor allem mit Bürokratie, Regulierungen und Vorgaben – weniger mit konkretem Nutzen für ihren Alltag. Hier wächst der Wunsch nach mehr Verständlichkeit, Bürgernähe und nachvollziehbaren Entscheidungen.

189 **Demokratie stärken und Ehrenamt schützen**

190 Brandenburg bleibt ein Land, in dem Respekt und Rechtsstaatlichkeit den Ton setzen, das von
191 der Stärke und Vielfalt seiner unterschiedlichen Regionen lebt. Unsere Demokratie ist wehrhaft
192 und alltagsnah. Bedrohungen und Hass werden konsequent verfolgt, Extremismus jeder Art
193 wird konsequent bekämpft. Wir werden nicht zulassen, dass sich in unserem demokratischen
194 Rechtsstaat durch Manipulation, Unterwanderung und Ideologisierung extremistische
195 Strukturen und Bedrohungen bilden.

196 Brandenburg ist Heimat für Jüdinnen und Juden. Davon zeugen die Synagogen und jüdischen
197 Gemeindehäuser sowie das Synagogenzentrum in Potsdam. Jüdisches Leben gehört sichtbar
198 in unsere Mitte und muss konsequent gegen jegliche Form von Antisemitismus und
199 Anfeindung geschützt werden.

200 Für eine Politik, die Sicherheit, Vertrauen und gesellschaftliches Miteinander in den Mittelpunkt
201 stellt, setzen wir auf

- 202 • die Fortführung des Beratungsnetzwerks gegen Extremismus und der regionalen
203 Partnerschaften für Demokratie;
- 204 • eine zielgruppen- und wirkungsorientierte Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes
205 Tolerantes Brandenburg mit klaren Zielen, regelmäßiger Evaluation und
206 Schwerpunktsetzung, um die vorhandenen Ressourcen stärker zu bündeln;
- 207 • konsequente Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Hasskriminalität
208 sowie von Bedrohungen und Übergriffen gegen Ehrenamtliche, Einsatzkräfte in Polizei
209 und Justiz sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger;
- 210 • einen neuen Staatsvertrag mit dem Jüdischen Landesverband.

211 Weil das ehrenamtliche Engagement unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
212 ist, werden wir

- 213 • das Ehrenamt mit allen Ressorts der Landesregierung verlässlich unterstützen;
- 214 • bestehende Beratungs-, Unterstützungs- und Schutzangebote bündeln und die
215 Kooperation verbessern;
- 216 • das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement sowie die
217 Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen festigen;
- 218 • ehrenamtliche Tätigkeit durch digitale Standardverfahren, einfachere Förderung und
219 pauschalisierte Nachweise von Bürokratie entlasten;
- 220 • die Lottomittel-Förderung stärker auf das Ehrenamt ausrichten;
- 221 • Anerkennung sichtbar ausgestalten und die Ehrenamtskarte weiterentwickeln.

222 **Medienlandschaft fördern und regionale Berichterstattung ausbauen**

223 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird weiter reformiert, effizienter und klarer im Auftrag.
224 Beiträge sollen stabil bleiben und nachvollziehbar sein. Auch die lokalen und regionalen
225 privaten Medien sind für unabhängige Information und Meinungsbildung wichtig.

226 Für die Stärkung der Medienvielfalt und der regionalen Berichterstattung braucht es

- 227 • weiterer Struktur-, Verwaltungs- und Technikreformen, mehr Kooperationen und
228 weniger Doppelstrukturen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk;
- 229 • Konzentration auf die Kernaufträge Information, Bildung und Kultur;
- 230 • mehr Brandenburg im rbb;
- 231 • Digitalisierung, die Einhaltung journalistischer Standards sowie die Förderung von
232 Lokaljournalismus durch eine gestärkte Medienanstalt Berlin-Brandenburg.

233 Den notwendigen Reformprozess für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden wir zudem
234 mit einem Bürgerbeteiligungsformat („Bürgerrat“), das beim Landtag angesiedelt ist,
235 flankieren.

236 **Europäische Zusammenarbeit vertiefen – Nachbarschaft zu Polen ausbauen**

237 Wir werden die Europapolitik strategisch ausrichten. Brandenburg positioniert sich als aktiver
238 Mitgestalter europäischer Zukunftspolitik und nutzt EU-Fördermittel sichtbar. Die Koalition
239 bekennt sich ausdrücklich zu einem starken Europa und einer handlungsfähigen Europäischen
240 Union, die Chancen bietet, Zusammenhalt fördert und die Lebensqualität in allen Regionen
241 verbessert. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der über viele Jahre gewachsenen
242 engen Kooperation und Freundschaft mit Polen. Wir setzen uns für ein pragmatisches,
243 bürgernahes Europa ein, das sich auf das Wesentliche konzentriert. Wir

- 244 • suchen den Schulterschluss der ostdeutschen Länder für gemeinsame Positionen zur
245 EU-Förderpolitik, zum Strukturwandel sowie zu Energie, Innovation und
246 Landwirtschaft;
- 247 • setzen auf ein gemeinsames Vorgehen mit Berlin für die Entwicklung der gemeinsamen
248 Metropolregion;
- 249 • erarbeiten eine neue Europastrategie, verankern diese ressortübergreifend und
250 entwickeln die Landesvertretung in Brüssel strategisch zu einem Dienstleister für
251 Brandenburg weiter;
- 252 • wollen Mobilität im Herzen Europas durch grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte
253 umsetzen, beispielsweise durch den zweigleisigen Ausbau der Ostbahn durch den
254 Bund;
- 255 • vertiefen die grenz- und länderübergreifende Zusammenarbeit mit Polen und bauen
256 die Partnerschaften mit den baltischen und skandinavischen Staaten aus.

257 **Ostdeutschland sichtbarer machen**

258 Ostdeutschland hat seit der Einheit enorme Fortschritte erreicht. Zugleich prägen
259 Transformationsbrüche bis heute Lebensläufe, Chancen und Vertrauen in staatliches
260 Handeln. Viele Menschen in Ostdeutschland haben Umbrüche durchlebt, Sicherheiten
261 verloren und sich neu orientieren müssen – oft ohne die gebotene Anerkennung. Wir setzen
262 uns dafür ein, dass die immer noch spürbaren Unterschiede zu westdeutschen Bundesländern
263 weiter abgebaut werden. Wir wollen, dass die ostdeutsche Perspektive in Führungspositionen
264 sowie in der Wissenschaft und in den Bundesinstitutionen angemessen vertreten ist.

265 **D. Wie sichern wir Wohlstand und gute Arbeit in Brandenburg** 266 **und stärken regionale Wertschöpfung von Landwirtschaft bis** 267 **Industrie im kommenden Jahrzehnt?**

268 Brandenburg hat sich seit der Neugründung 1990 und insbesondere in den letzten Jahren
269 wirtschaftlich sehr gut entwickelt. Doch strukturelle Veränderungen wie die demografische
270 Entwicklung, die Transformation der Wirtschaft und die Energiewende sind auch in
271 Brandenburg deutlich spürbar. Viele Menschen fühlen die dadurch entstehende Unsicherheit.
272 Unternehmen und Beschäftigte erwarten, dass die Wirtschaft unterstützt und Entscheidungen
273 zügig getroffen werden, damit Investitionen ermöglicht und gute Arbeitsplätze erhalten oder
274 geschaffen werden.

275 Im ländlichen Raum ist die Land- und Ernährungswirtschaft für viele Menschen zugleich
276 Arbeitsplatz, Identität und Grundlage regionaler Versorgung. Der Klimawandel verschärft vor
277 allem beim Wasser die Nutzungskonflikte. Landwirte, Waldbesitzer und
278 lebensmittelverarbeitende Betriebe erwarten praxistaugliche Regeln. Viele Bürgerinnen und
279 Bürger wünschen sich den Schutz der Natur, mehr regionale Produkte und Wertschöpfung,
280 die im Land bleibt.

281 Wer gründen, einen Betrieb übernehmen oder weiterentwickeln will, erwartet Unterstützung
282 statt Formulare. Gleichzeitig gibt es die berechtigte Erwartung, dass große Industriestandorte
283 eine Perspektive haben und Strukturwandel im ländlichen Raum sichtbar neue Arbeit schafft.

284 **Industrie – Rückgrat unserer Wirtschaft**

285 Wir setzen auf den Erhalt und die konsequente Modernisierung bestehender Unternehmen
286 und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe. Wir werden die Industrie mit der
287 „Industriestrategie Brandenburg“ bei ihren großen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen
288 Herausforderungen unterstützen und mit dem „Bündnis für Industrie“ ein regelmäßiges
289 Dialogformat schaffen.

290 Die Koalition

- 291 • begleitet intensiv den Erhalt und die Weiterentwicklung der PCK-Raffinerie in
292 Schwedt/Oder;
- 293 • unterstützt die Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt, Hennigsdorf und Brandenburg an
294 der Havel bei neuen, zukunftsfähigen Technologien;
- 295 • steht für verbesserte wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen;
- 296 • setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Investitionen der Unternehmen in die
297 Transformation direkt aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanziert werden;
- 298 • wird die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg weiterentwickeln und die
299 Zusammenarbeit in Forschung, Entwicklung und Industriebereichen gezielt
300 vorantreiben;
- 301 • wird das Außenwirtschaftskonzept in Abstimmung mit den Kammern und weiteren
302 Partnern aktualisieren und internationale wirtschaftliche Kooperationen weiter
303 ausbauen;
- 304 • wird die Ansiedlung von Unternehmen der Verteidigungsindustrie aktiv begleiten;
- 305 • wird die heimischen Rohstoffe und deren Potenziale konsequent nutzen.

306 Für Ansiedlungen brauchen wir bebaubare Flächen. Wir unterstützen die Kommunen bei der
307 Schaffung von Planungsrecht, insbesondere für strukturell politisch bedeutsame Vorhaben.

308 Zur Gewährleistung einer leistungsfähigen Breitband- und Mobilfunkversorgung ist der weitere
309 Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen unabdingbar.

310 Die Lausitz soll industrielles Zentrum Ostdeutschlands und Garant für eine sichere sowie
311 wirtschaftliche Energieversorgung bleiben.

312 An den getroffenen Vereinbarungen zum Kohleausstieg halten wir fest.

313 Wir werden

- 314 • die Chancen, die das Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen bietet – für neue
315 Ansiedlungen, bessere Infrastruktur und eine enge Verbindung von Wissenschaft und
316 Wirtschaft – nutzen;
- 317 • den Ausbau der Batterieproduktion unterstützen;
- 318 • die Lausitz als Europas erstes „Net-Zero Valley“ entwickeln;
- 319 • die Beseitigung der ökologischen Altlasten des Braunkohlenbergbaus durch die
320 Fortführung des Bund-Länder-Verwaltungsabkommens für die Braunkohlesanierung
321 voranbringen.

322 Die ILA ist ein internationales Schaufenster der Luft- und Raumfahrtindustrie. Wir stellen daher
323 die landesseitige Finanzierung sicher.

324 **Energie-Land Brandenburg**

325 Wir setzen die Energiestrategie 2040 des Landes um. Brandenburg verfügt durch den hohen
326 Anteil von Wind- und Solarenergie über einen wichtigen Standortvorteil. Diesen wollen wir für
327 die Brandenburger Wirtschaft nutzen.

328 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll

- 329 • in Zukunft mehr im Einklang mit dem Ausbau von Netzen und Speicherkapazitäten
330 stehen;

- 331 • das Ziel verfolgen, eine resiliente Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen zu
- 332 sichern;
- 333 • eine faire Verteilung der Netzentgelte und eine Absenkung der Redispatch-Kosten
- 334 beinhalten;
- 335 • perspektivisch starre Flächenvorgaben durch leistungsbasierte Ausbauvorgaben
- 336 ersetzen;
- 337 • die Möglichkeit eröffnen, in Brandenburg erzeugten Strom möglichst vor Ort zu
- 338 günstigen Bedingungen nutzen und speichern zu können;
- 339 • den stärkeren Ausbau von Agri-PV, Parkplatz-PV und Floating-PV beinhalten.

340 Für künftige Erzeugungskapazitäten, vor allem durch Gaskraftwerke, benötigen wir auf
 341 Bundesebene schnellstmöglich einen verlässlichen Investitionsrahmen, der für unsere
 342 Kraftwerkstandorte faire Investitionschancen sicherstellt.

343 **Klimaschutz und klimaneutrale Wirtschaft**

344 Wir setzen den Klimaplan um. Dabei tragen auch die Kommunen eine zentrale Verantwortung.
 345 Wir unterstützen sie bei der Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten sowie bei der Einführung
 346 von Energiemanagementsystemen. Zu allen Fragen der erneuerbaren Energien und des
 347 klimaneutralen Umbaus stellen wir den Kommunen und Unternehmen die Energie- und
 348 Klimaagentur Brandenburg zur Seite.

349 Der Weg zur Klimaneutralität erfordert einen schrittweisen und sozial ausgewogenen Umbau
 350 der Wärmeversorgung. Dazu werden wir

- 351 • den Ausbau und die nachhaltige Nutzung von Biomethan sowie biogenen Brennstoffen
- 352 voranbringen;
- 353 • die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Geothermie verbessern und
- 354 bürokratische Hürden bei der Antragsstellung und Nutzung von Geothermie abbauen.

355 Wasserstoff spielt eine Schlüsselrolle für den Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft
 356 und ist ein entscheidender Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität in Brandenburg. Den
 357 Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft unterstützen wir

- 358 • durch den Ausbau des Wasserstoffkernnetzes;
- 359 • durch die Förderung von Pilotprojekten und dem Ausbau des Wasserstoff-Marktplatzes;
- 360 • durch die Prüfung des Baus von Wasserstoffspeichern.

361 Einige Industriezweige sind in ihren Produktionsprozessen weiterhin auf Verfahren
 362 angewiesen, bei denen unvermeidbar CO₂ entsteht. Diesen Unternehmen helfen wir dabei,
 363 tragfähige Lösungen auf dem Weg zur Klimaneutralität umzusetzen. Wir unterstützen den
 364 Einsatz von CCU- und CCS-Technologien, um industrielle Wertschöpfung zu sichern.

365 Wir begleiten die Kommunen dabei, gemeinsam mit den regionalen Energieversorgern
 366 bedarfsgerechte Konzepte zum Ausbau der Elektroladeinfrastruktur mit Fokus auf
 367 Mehrfamilien-Wohnkomplexe zu entwickeln und umzusetzen. Des Weiteren streben wir an,
 368 dass Brandenburg eine Modellregion für Autonomes Fahren wird.

369 **Handwerk – Grundpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft**

370 Neben der mittelstandsfreundlichen Ausgestaltung von Förderprogrammen werden wir

- 371 • die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung dauerhaft sichern und die erforderlichen
- 372 Haushaltsmittel langfristig einplanen;
- 373 • die Entlastungswirkung für die Betriebe mindestens auf bisherigem Niveau erhalten;
- 374 • gezielt in die technische Ausstattung investieren.

375 Das duale System der beruflichen Bildung stärken wir als wesentliche Grundlage zur Deckung
 376 des Fachkräftebedarfs und als Einstieg in die qualifizierte Erwerbstätigkeit. Berufliche und
 377 akademische Bildung behandeln wir bei allen Maßnahmen gleichwertig. Dem

378 Meisterabschluss kommt im Handwerk eine besondere fachliche und gesellschaftliche
379 Bedeutung zu. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Kosten der Meisterausbildung
380 abzuschaffen. Die Meistergründungsprämie als bewährtes Instrument zur Förderung von
381 Unternehmensgründungen und -übernahmen im Handwerk führen wir fort und vereinfachen
382 ihre Abrechnung. Darüber hinaus werden wir erfolgreiche Meisterabschlüsse mit einem
383 Meisterbonus honorieren.

384 **Unternehmer- und Gründergeist wecken**

385 Wir wollen junge Menschen für das Unternehmertum begeistern und ihnen schon in den
386 Schulen vermitteln, wie Existenzgründungen in Brandenburg erfolgreich sein können. Dazu
387 bauen wir die Partnerschaften zwischen Schule und Handwerk aus. Wir werden

- 388 • die Praktikumsplattform der Handwerkskammern stärken;
- 389 • eine Praktikumsoffensive mit den Sozialpartnern und Kammern starten;
- 390 • die Gründungsförderstrategie weiter umsetzen und mit bestehenden Initiativen
391 verzahnen;
- 392 • den Weg in die Selbstständigkeit für Existenzgründer und Start-ups mit dem neuen
393 „Gründungsturbo“ beschleunigen;
- 394 • digitale Gewerbeanmeldungen unkompliziert abwickeln;
- 395 • die sechs vom Land geförderten Start-up-Zentren in Brandenburg weiter unterstützen;
- 396 • bestehende Initiativen zur Unternehmensnachfolge besser vernetzen;
- 397 • Brandenburg in enger Abstimmung mit Berlin als internationalen Standort für Deep-
398 Tech-Innovation positionieren, indem wir unsere Wissenschaftsparks und deren
399 Management stärken.

400 **Arbeitsmarkt mit guten Perspektiven**

401 Brandenburg war mit seinem Vergabemindestlohn bundesweit Vorreiter. Mit der dynamischen
402 Entwicklung des bundesweiten Mindestlohns hat sich die Schutzwirkung dieses Instruments
403 jedoch strukturell verändert. Der Vergabemindestlohn kann deshalb entfallen und das
404 Vergabegesetz aufgehoben werden.

405 Anstelle des Vergabemindestlohns führen wir eine Tariftreueregelung bei der Vergabe
406 öffentlicher Aufträge des Landes unter Berücksichtigung des Berliner Modells und des
407 gemeinsamen Tarifregisters ein.

408 Zudem eröffnen wir den Kommunen die Möglichkeit, die Landesregelung bei der Vergabe
409 öffentlicher Aufträge anzuwenden. Hierzu stellen wir eine Mustersatzung zur Verfügung, die
410 eine rechtssichere Übernahme ermöglicht. Darüber hinaus wird das Land ein Modellprojekt
411 starten, um die Tariftreueregelung auf der kommunalen Ebene zu erproben.

412 Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Arbeitswelt braucht es sozialpartnerschaftliche
413 Lösungen. Gewerkschaften und Betriebsräte sind dabei zentrale Partner. Ziel ist es, Gute
414 Arbeit im Land Brandenburg zu stärken und weiterzuentwickeln. Für die Gewinnung
415 internationaler Fachkräfte schnüren wir ein Gesamtpaket für eine schnelle und
416 unbürokratische Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Geflüchtete
417 und Zugewanderte wollen wir konsequent und frühzeitig in den Arbeitsmarkt integrieren. Zur
418 Stärkung der Erwerbsmigration unterstützen wir auf Bundesebene die Einrichtung einer „Work-
419 and-Stay-Agentur“. Arbeitsgenehmigungen sollen schneller erteilt und
420 Anerkennungsverfahren weiter beschleunigt werden.

421 Wir setzen uns auf Bundesebene für eine spürbare Entlastung von Gering- und
422 Normalverdienern bei Steuern und Abgaben ein und wollen zusätzliche Arbeit, Überstunden
423 sowie das Weiterarbeiten im Rentenalter steuerlich besser honorieren. Auch wenn der
424 Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in Brandenburg im Bundesvergleich sehr
425 gering ausfällt, bleibt die vollständige Beseitigung ein zentrales Ziel.

426 Wir befürworten ausdrücklich, dass

- 427 • junge Menschen unter 25 Jahren im Bürgergeldbezug dazu verpflichtet werden,
428 verbindlich an einem individuellen Bildungs- oder Qualifizierungsplan teilzunehmen,
429 dessen Ziel der Erwerb eines Schul- oder Berufsabschlusses ist;
- 430 • die von der Bundesregierung im laufenden SGB II-Gesetzgebungsverfahren
431 vorgesehenen Änderungen umgesetzt werden;
- 432 • die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung Vorrang vor den Leistungen zur Sicherung
433 des Lebensunterhalts hat;
- 434 • die Jobcenter ihre Arbeit konsequent auf Ausbildung und Qualifizierung ausrichten;
- 435 • vorgesehene Leistungsminderungen konsequent umgesetzt werden, wenn zumutbare
436 Bildungs- oder Arbeitsangebote abgelehnt werden.

437 Brandenburg soll weiterhin ein attraktiver Ausbildungs- und Arbeitsstandort bleiben. Dafür
438 setzen wir unsere Fach- und Arbeitskräftestrategie weiter um, stärken Ausbildungsstandorte
439 mit attraktiven Wohnangeboten und bauen Plätze in Azubi-Wohnheimen aus. Wir führen das
440 Azubi-Ticket fort.

441 **Tourismus und Medienstandort Brandenburg als Wirtschaftsfaktoren**

442 Gemeinsam mit den Verbänden und Unternehmen werden wir Brandenburg als wachsende
443 Tourismusregion weiter ausbauen. Wir

- 444 • fördern den Ausbau touristischer Wasserstraßen einschließlich der notwendigen
445 Infrastruktur im Rahmen einer mit dem Bund abgestimmten Gesamtstrategie;
- 446 • beabsichtigen, Dorfkerne und Landgasthöfe gezielt zu unterstützen, damit sie auch
447 künftig als soziale, kulturelle und wirtschaftliche Anker eine zentrale Bedeutung für die
448 ländlichen Räume entfalten.

449 Wir werden den Film- und Medienstandort Babelsberg sichern und weiterentwickeln sowie die
450 digitale Filmförderung als auch die Förderung des Medienboards verstetigen. Games-
451 Producing soll als strategische Zukunftsbranche für Brandenburg etabliert werden.

452 **Land- und Ernährungswirtschaft – konventionell und ökologisch**

453 Die Ausrichtung des Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) und der Gemeinsamen Agrarpolitik
454 (GAP) ab 2028 ist für die Entwicklung unseres Landes richtungsweisend. Wir fordern faire
455 Wettbewerbsbedingungen für die ostdeutsche Agrarwirtschaft und lehnen Kappung und
456 Degression entschieden ab. Kernpunkte unserer Regierungsarbeit sind die

- 457 • Ausrichtung der Fördermittel auf Investitionen und Innovationen;
- 458 • Sicherung von Arbeitskräften und die Verankerung der (Weiter-)Bildung in den grünen
459 Berufen als Zukunftsaufgabe unter anderem durch AGRARaktiv und LANDaktiv;
- 460 • Öffnung der Junglandwirteförderung für alle Betriebsformen;
- 461 • Entwicklung der Brandenburger Bioökonomie mit ihren Wertschöpfungsketten;
- 462 • Erarbeitung einer marktorientierten Nutztierstrategie;
- 463 • dauerhafte Förderung von Pferdezucht, Pferdesport und Pferdefreizeitangeboten;
- 464 • Sicherung von zukunftsfesten acker- und gartenbaulichen Erträgen mit einer
465 Neuausrichtung des Düngerechtes, des Pflanzenschutzes und der Pflanzenzüchtung.

466 Weiterhin werden wir

- 467 • die Brandenburg-Halle auf der Grünen Woche als nationale Plattform stärken;
- 468 • die Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung (BraLa) als Nahtstelle zwischen
469 Land- und Ernährungswirtschaft neu beleben;
- 470 • mit dem Regionalmarketing die konsequente Verstetigung und Vernetzung mit
471 Verbraucherinnen und Verbrauchern fördern;
- 472 • bei landeseigenen Veranstaltungen konsequent regionale Warenangebote verwenden;

- 473 • zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten im Verbund Brandenburg/Berlin eine
474 Aktivstrategie zur weiteren Ansiedlung deutscher und internationaler Unternehmen im
475 Land Brandenburg verfolgen.

476 **Wasser – bedeutender Rohstoff der Zukunft**

477 Wir werden das Wassergesetz novellieren, verhandeln eine länderübergreifende
478 Wasserstrategie mit Berlin und sehen die gemeinsame Wasserbewirtschaftung mit Sachsen
479 als überragende Aufgabe, um insbesondere den Lausitzer Wasserhaushalt zu stabilisieren.
480 Den „Strategischen Gesamtplan Spree“ setzen wir um und entwickeln ihn weiter. Den
481 Hochwasserschutz treiben wir konsequent voran und werden zur Umsetzung des
482 Landesniedrigwasserkonzeptes

- 483 • auf ein nachhaltiges Moorbodenmanagement setzen;
- 484 • auf nationaler und internationaler Ebene nach Kooperationen zur Umsetzung und
485 wirtschaftlichen Nutzung von Innovationen suchen;
- 486 • bei Fördermaßnahmen durch die Stiftung Naturschutzfonds speziell Maßnahmen zum
487 Wasserrückhalt und zur Gewässerentwicklung in den Mittelpunkt rücken.

488 Wir werden den rechtlichen Rahmen so anpassen, dass Mittel aus den Ausgleichs- und
489 Ersatzzahlungen unter anderem zur langfristigen finanziellen Absicherung des
490 Vertragsnaturschutzes eingesetzt werden können.

491 **Nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Wildtiermanagement**

492 Unsere Wälder erfüllen vielfältige Funktionen für die Umwelt, die Wirtschaft und die
493 Gesellschaft und stellen zugleich den nachwachsenden Rohstoff Holz bereit.

494 Die nachhaltige Gestaltung der Forstwirtschaft und des Waldes wird durch die Unterstützung
495 des Landesforstbetriebs und der Forstbetriebsgemeinschaften zur Waldentwicklung und zum
496 Schutz von Infrastruktur sowie durch die zusätzliche Stabilisierung der Waldbauernschule
497 maßgeblich vorangebracht.

498 In Brandenburg wurden in den 1990er Jahren bereits große Naturschutzreservate und
499 Landschaftsschutzareale ausgewiesen und stetig weiterentwickelt. Den Belangen des
500 Naturflächenschutzes und der Entwicklungsplanungen wachsender Gemeinden und Städte
501 wollen wir durch die Anpassung von Landschaftsschutzgebietsverordnungen besser gerecht
502 werden. Zudem werden wir Maßnahmen im Arten- und Biotopschutz gemeinsam mit den
503 Landnutzern und Kommunen umsetzen. Unser Ziel ist die Anpassung der
504 Naturflächenbedarfsgesetze und der Verzicht auf die Erweiterung von
505 Landschaftsschutzgebieten. Zudem werden wir

- 506 • auf Antrag die Übertragung von Regelungskompetenzen der
507 Landschaftsschutzgebietsverordnung auf die Kreisebene prüfen;
- 508 • die Biosphärenreservatsverordnungen evaluieren und anpassen;
- 509 • die Anpassungen des Umweltverbandsklagerechts auf Bundesebene unterstützen;
- 510 • die unterschiedlichen Ansprüche bei Wildnis-, Wildtiermanagement und Jagd zwischen
511 den bestehenden Interessengruppen verträglich ausbalancieren;
- 512 • Teichwirtschaften und die Angelfischerei gezielt fördern, um regionale Wertschöpfung,
513 Naturnähe und ländliche Strukturen zu sichern.

514 Wir bekennen uns zu den Verpflichtungen aus bestehenden Altlasten-Haftungsfreistellungen
515 und entlasten gemeinsam mit dem Bund Unternehmen von Kosten für die Sanierung
516 vereinigungsbedingter ökologischer Altlasten.

517 **Wirksamer Verbraucherschutz, starker Tierschutz**

518 Wir setzen die Verbraucherpolitische Strategie weiter um und entwickeln sie fort. Mit
519 geeigneten Maßnahmen stabilisieren wir die Bürgerberatung, beispielsweise durch die
520 weiterhin verlässliche Förderung der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. Darüber hinaus

- 521 • stärken wir den Tierschutz und dessen Vollzug, indem wir die Tierschutz-
522 Struktureinheiten der Obersten Landesverwaltung bedarfsgerecht neu ordnen und die
523 bestehenden Förderprogramme für Tierschutzvereine verstetigen;
- 524 • richten wir den Fokus weiterhin auf die Stärkung der Krisenresilienz, insbesondere im
525 Bereich der Tierseuchen.

526 **E. Wie eröffnen wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in** 527 **Brandenburg verlässliche Zukunftschancen und machen** 528 **Wissenschaft, Kultur und Innovation zur Stärke des Landes?**

529 Bildung ist das Fundament für gesellschaftliche und berufliche Teilhabe, für Fortschritt und
530 persönliche Freiheit. Deshalb ist lebenslanges Lernen von der Kita bis ins Erwachsenenalter
531 von zentraler Bedeutung.

532 Die Menschen in Brandenburg wünschen sich ein Bildungssystem, das Vertrauen schafft,
533 Qualität sichert und faire Chancen für alle eröffnet. Sie erwarten verlässliche Betreuung und
534 gute Bildung von Anfang an. Viele Familien erleben jedoch, dass der Alltag in Kitas und
535 Schulen an Grenzen stößt. Lehrkräftemangel, wachsende organisatorische Belastungen und
536 unterschiedliche Voraussetzungen prägen vielerorts den Schulalltag. Übergänge von der
537 Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf werden als ausbaufähig wahrgenommen.

538 Studierende, Auszubildende und junge Fachkräfte brauchen bezahlbaren Wohnraum, gute
539 Lernbedingungen und echte Zukunftsperspektiven im Land. Forschungseinrichtungen
540 erwarten eine innovationsfreundliche Politik. Kulturelle Bildung, Sport, Vereinsleben und
541 Jugendangebote sind für uns Brandenburgerinnen und Brandenburger kein Beiwerk, sondern
542 selbstverständlicher Bestandteil gelingender Bildungsbiografien und lebendiger Regionen.

543 Vor diesem Hintergrund begreifen wir es als gemeinsame Aufgabe, die gesamte Bildungs- und
544 Entwicklungsbiografie von der Kita über Schule, berufliche Bildung und Hochschule bis zur
545 Weiterbildung im Erwachsenenalter zu verbessern. Wir wollen Brandenburg zu einem
546 Bildungsland entwickeln, dass erfolgreiche Lernprozesse in den Mittelpunkt stellt und die
547 besten Zukunftsperspektiven für junge Menschen ermöglicht.

548 **Verlässliche frühkindliche Bildung**

549 Für eine verlässliche und hochwertige frühkindliche Bildung wollen wir unsere hervorragend
550 ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher in der Brandenburger Bildungslandschaft halten.
551 Zudem werden wir

- 552 • an der geplanten Neuordnung der Kita-Finanzierung festhalten;
- 553 • das Kindertagespflegegesetz evaluieren;
- 554 • ab 2027 eine Fortbildungsinitiative für Erzieherinnen und Erzieher auf den Weg
555 bringen;
- 556 • Bewegungsförderung noch stärker in der Erzieherausbildung berücksichtigen;
- 557 • den Datenaustausch zwischen Kita, Schule und Hort zur pädagogischen Förderung
558 ermöglichen.

559 Wir ziehen die evidenzbasierte Sprachstandserhebung um ein Jahr in das 5. Lebensjahr vor
560 und koppeln sie konsequent an notwendige Fördermaßnahmen für Kinder mit festgestelltem
561 Förderbedarf.

562 **Gute Bildung – gute Chancen**

563 Damit aus Potenzialen Chancen und aus Chancen beruflicher Erfolg sowie wirtschaftliche
564 Stärke werden, wollen wir das Bildungssystem gemeinsam weiterentwickeln und dafür
565 notwendige zukunftsorientierte Veränderungen auf den Weg bringen.

566 Wir werden in Fortentwicklung des Schulkongresses einen Strategie- und Beteiligungsprozess
567 „Bildungsland Brandenburg 2035“ starten, der die strategische Ausrichtung der Schulen im
568 Land zum Ziel hat.

569 Aus den gemeinsamen Rahmenlehrplänen mit Berlin steigen wir aus und führen schrittweise
570 verbindliche Lehrpläne für alle Fächer und alle Jahrgänge ein, die sich an den nationalen
571 Bildungsstandards orientieren.

572 Wir fördern die Basiskompetenzen

- 573 • Lesen, Schreiben und Rechnen durch ein verpflichtendes Lese- und Rechenband an
574 allen Grundschulen;
- 575 • durch eine zusätzliche Stunde Deutsch in der Grundschule;
- 576 • durch die Ausweitung der Schreib- und Lesepraxis in allen Fächern;
- 577 • mit einer erneuten Überprüfung der Sprachentwicklung in Klasse 1.

578 Um die Sprachentwicklung in den ersten Schuljahren zu festigen, setzen wir in den Klassen 1
579 bis 4 vorrangig auf analoge Lernmedien in altersgerechter Verbindung mit digitalen
580 Materialien. Lernen mit und über digitale Medien bleibt ein fester Bestandteil des Lehrplans in
581 Brandenburg. Die Medienkompetenz und auch der verantwortungsvolle Umgang mit
582 Künstlicher Intelligenz werden gestärkt. Den pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler
583 Lernanwendungen werden wir weiter unterstützen und durch landesweite Empfehlungen
584 sowie kontinuierliche Fortbildungen für Lehrkräfte begleiten.

585 Die schulische Leistungsbewertung überprüfen wir und entwickeln sie weiter. Ab Klasse 7
586 werden regelmäßige digitale Evaluationen als Instrument der Qualitätsentwicklung für
587 Schulleitungen eingeführt. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler auch zu ihrer
588 Wahrnehmung der demokratischen Schulkultur und ihrer Zufriedenheit mit dem Schulklima
589 befragt.

590 Wir entbürokratisieren und entlasten Lehrkräfte durch

- 591 • die Implementierung digitaler Prozesse;
- 592 • die Einführung digitaler Steuerungstools bei Verwaltungs- und Organisationsaufgaben;
- 593 • eine verwaltungsarme Umsetzung des Digitalpakt 2.0.

594 Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die Potenziale des Startchancenprogramms wirksam
595 ausgeschöpft werden. An allen Startchancenschulen führen wir Schülerhaushalte ein. Alle
596 Regelungen zu Anrechnungsstunden und Entlastungsstunden werden mit dem Ziel überprüft,
597 eine bessere Handhabbarkeit zu erreichen und den aktuellen Herausforderungen gerecht zu
598 werden.

599 Wir bekennen uns zu einer inklusiven Bildung, gleichberechtigter Teilhabe und fairen
600 Bildungschancen. Wir ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren
601 individuellen Voraussetzungen bestmögliche Förderung durch Angebote für eine starke
602 Inklusion, Deutsch als Zweitsprache und Begabtenförderung. Wir stärken die Schulen durch
603 eine Erhöhung der Stundenzuweisungen und stellen sicher, dass es zu keiner weiteren
604 Verschlechterung der Schüler-Lehrer-Relation kommt. Dafür werden wir 250 Stellen zusätzlich
605 bereitstellen.

606 Darüber hinaus ist es unser Ziel, ergänzende und gut erreichbare Angebote für Schülerinnen
607 und Schüler mit schwersten Fällen von emotionalem und sozialem Förderbedarf,
608 insbesondere auch in den ländlichen Räumen, zu schaffen.

609 Das erfolgreiche Programm der studentischen Lehr-Lernassistenzen verstetigen wir.
610 Studierende können so frühzeitig an den Lehrerberuf als zukünftige Fachkräfte herangeführt
611 werden. Das Schulbudget soll von den Schulen als wirksames Instrument weiter genutzt
612 werden können.

613 Wir werden eine Organisationsuntersuchung zur Struktur und Arbeitsweise der Schulämter mit
614 dem Ziel durchführen, Abläufe weiter zu verbessern und effizienter zu machen.

615 Wir werden

- 616 • die Schulvisitation von einem Instrument der Schulaufsicht zu einer Beratungs- und
617 Begleitstruktur umbauen;
- 618 • das Landesinstitut Brandenburg für Schule und Lehrkräftebildung als Qualitätsgarant
619 für eine hochwertige Schul- und Unterrichtsentwicklung ausbauen;
- 620 • pädagogische Team-Coachings für gezielte Schulentwicklung implementieren.

621 Wir begleiten die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und erproben
622 dabei im Rahmen eines Modellprojekts auch die Weiterentwicklung hin zu einer echten
623 Ganztagsgrundschule. Dazu braucht es auch eine Lösung für die Essengeldregelung, die im
624 Zuge der Neuordnung der Kita-Finanzierung gefunden werden soll. Ober- und Gesamtschulen
625 werden gezielt gestärkt, insbesondere durch das Landesprogramm „Duales Lernen“ sowie
626 durch eine Flexibilisierung der Stundentafel, um praxisnahe Bildungswege und individuelle
627 Förderung besser zu ermöglichen.

628 Wir unterstützen die Einführung einer einheitlichen Bildungs-ID als durchgängiges
629 Bildungsregister.

630 Zur Sicherung von Schulstandorten im ländlichen Raum werden auch Filiallösungen und
631 Schulzentren ab Jahrgangsstufe 1 weiterentwickelt und ein tragfähiges Konzept für die Zeit ab
632 2030 erarbeitet. Das Brandenburg-Stipendium für Landlehrerinnen und Landlehrer wird
633 verstetigt. Außerdem sollen Anwärtersonderzuschläge Referendarinnen und Referendare an
634 Bedarfsschulen binden. Freie Schulen sind ein wichtiger Bestandteil der Brandenburger
635 Bildungslandschaft. Wir werden sie nicht schlechter stellen und stärken ihre Einbindung in
636 relevante Beratungs- und Beteiligungsgremien. Ergänzend wird die landesweite
637 Zugänglichkeit sowie die digitale Bildungsinfrastruktur der Landeszentrale für politische
638 Bildung verbessert.

639 Wir wollen

- 640 • die kulturelle Bildung durch Kooperation mit außerschulischen Lernpartnern ausbauen;
- 641 • den Anteil der teilnehmenden Schulen am Projekt „Feuerwehr macht Schule“ erhöhen;
- 642 • die Schülerbesuchszahlen der Brandenburger Gedenkstätten erhöhen;
- 643 • die Idee des Landesschülerrates für ein flächendeckendes, niedrigschwelliges digitales
644 Hilfesystem für Schülerinnen und Schüler mit psychologischem Beratungsbedarf
645 unterstützen;
- 646 • eine Schulungskampagne für Schulaufsicht und Schulleitungen initiieren, um den
647 wachsenden Herausforderungen durch politischen und religiösen Extremismus zu
648 begegnen.

649 Die Berufsorientierung in der Sekundarstufe I und II wird weiterentwickelt. Hierzu gehören die
650 Einführung einer landesweiten Praktikumsplattform sowie bedarfsgerechte Angebote der
651 Studien- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe II. Zugleich werden an den
652 Berufsschulen eine zeitgemäße Infrastruktur und qualifiziertes Lehrpersonal gesichert, alle
653 Wege der Fachkräftegewinnung genutzt, der Distanzunterricht weiterentwickelt und die
654 Berufsschulstandorte erhalten.

655 **Beteiligung, Schutz und verlässliche Angebote für junge Menschen**

656 Um Kinder zu fordern, zu fördern und zu schützen, braucht es neben intakten Familien
657 insbesondere eine Kultur aktiven Hinsehens bei allen, die mit Kindern und Jugendlichen zu

658 tun haben. Ihr Schutz muss sowohl im analogen als auch im digitalen Leben besser werden.
659 Wir sorgen für die verbindliche Umsetzung von Schutzkonzepten überall dort, wo sich Kinder
660 regelmäßig aufhalten.

661 Die Jugendverbandsarbeit ist eine unverzichtbare Stütze. Wir fördern weiterhin Jugendarbeit,
662 Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit im Rahmen des Landesjugendplans.
663 Brandenburgs bundesweit vorbildlichen Weg der Kinder- und Jugendbeteiligung gehen wir
664 weiter. Zudem setzen wir auch zukünftig auf Freiwilligendienste wie FSJ Schule und wollen
665 sie positiv bei Ausbildung und Studium berücksichtigen.

666 Für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf

- 667 • fördern wir präventive Ansätze zur Vermeidung von Bildungsabbrüchen;
- 668 • unterstützen wir Programme wie „Jugendhilfe-Schule“ und „Produktionsschulen“.

669 Wir unterstützen die Netzwerke „Frühe Hilfen“ und „Gesunde Kinder“ und entwickeln sie
670 weiter.

671 **Sport ist Gesundheits- und Bildungsfaktor**

672 Brandenburg ist ein erfolgreiches Sportland. Wir begrüßen die deutsche Bewerbung für die
673 Olympischen Spiele und sprechen uns besonders für das Konzept Berlin plus
674 aus. Breitensport und ehrenamtliches Engagement in den Sportvereinen unterstützen wir
675 langfristig. Wir investieren in moderne und barrierefreie Sportstätten und werden gemeinsam
676 mit dem organisierten Sport den Goldenen Plan zügig umsetzen. Regelmäßige Bewegung von
677 Kindern und Jugendlichen fördern wir durch Projekte wie „Kinder in Bewegung“ oder „Kita in
678 Bewegung“. Schwimmen soll als Bestandteil des Sportunterrichts flächendeckend
679 sichergestellt werden. Im olympischen und paralympischen Spitzensport entwickeln wir die
680 überregional bedeutsamen Sportstätten und modernen Trainingszentren weiter und sichern
681 verlässliche Förderstrukturen wie die Duale Karriere.

682 **Wissenschafts- und Innovationsstandort Brandenburg**

683 Brandenburg verfügt über hervorragende Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
684 Exzellente Hochschulen brauchen exzellente Professorinnen und Professoren. Deshalb sollen
685 unsere Hochschulen das modernste Berufsrecht in Deutschland bekommen. Wir
686 verzichten dazu auf alle Vorgaben, die nicht verfassungsrechtlich geboten sind.

687 Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam eine
688 wichtige Rolle bei der Wiedergewinnung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas
689 spielen kann.

690 Wir wirken darauf hin, dass

- 691 • mit der Modellregion Gesundheit und der Medizinischen Universität Lausitz das
692 Gesundheitssystem der Zukunft in der Lausitz entwickelt wird;
- 693 • Gesundheitsdaten aus stationärer und ambulanter Versorgung so verknüpft sind, dass
694 die bestmöglichen Forschungsergebnisse erzielt werden;
- 695 • in der Lausitz entwickelte Innovationen auch in anderen Regionen schnell genutzt
696 werden;
- 697 • das erfolgreiche Modell des praxisintegrierenden Lehramtsstudiengangs
698 perspektivisch ausgeweitet wird.

699 Die Medizinische Hochschule Brandenburg leistet ihren Beitrag zur Versorgung mit gut
700 qualifizierten Ärztinnen und Ärzten, insbesondere im ländlichen Raum. Daher soll die
701 Landesförderung auf dem aktuellen Niveau vertraglich abgesichert werden.

702 Den Hochschulbau werden wir beschleunigen. Die Hochschulen, die dies wünschen, sollen
703 künftig auch ohne den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB)
704 bauen können. Um Studierende zu entlasten, setzen wir uns dafür ein, dass 20 Prozent der

705 Studierenden einen Wohnheimplatz beim Studierendenwerk erhalten, und treiben Neubau und
706 Sanierung von Studierendenwohnheimen voran.

707 Zudem werden wir

- 708 • die exzellente außeruniversitäre Forschungslandschaft stärken;
- 709 • Forschung in Bereichen konzentrieren, die zur strategischen Souveränität, zur
- 710 Krisenvorsorge und zur technologischen Handlungsfähigkeit Brandenburgs beitragen;
- 711 • eine Forschungsstrategie entwickeln, die den Hochschulen hilft, ihre Exzellenz in
- 712 Forschung und Innovation kontinuierlich weiterzuentwickeln;
- 713 • im Kontext der High-Tech-Agenda des Bundes die Möglichkeiten verbessern, mehr
- 714 Drittmittel für unsere Brandenburger Forschungslandschaft einzuwerben.

715 **Erwachsenenbildung und Volkshochschulen**

716 Unser Ziel ist es, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Bildungsangebote
717 sicherzustellen. Dabei legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung digitaler,
718 bürgerschaftlicher und demokratischer Kompetenzen. Zugleich sichern wir die
719 Grundbildungszentren langfristig ab und erhalten ihren Fokus auf Alphabetisierung sowie auf
720 den Erwerb grundlegender Fähigkeiten.

721 **Verlässliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur**

722 Musikalische Früherziehung ist ein wichtiger Bestandteil ganzheitlicher Bildung und eröffnet
723 allen Kindern frühzeitig Zugänge zu kultureller Teilhabe. Das Musik- und Kunstschulgesetz
724 werden wir entbürokratisieren, damit kulturelle Bildung niedrigschwellig zugänglich bleibt und
725 pädagogische Qualität nicht durch übermäßige Verwaltungsanforderungen beeinträchtigt wird.
726 Die Kunst- und Musikschulen sowie die freie Kunst- und Kulturszene werden wir weiterhin
727 unterstützen.

728 Die Gedenkstätten im Land Brandenburg sichern nicht nur ein würdiges Erinnern, sondern
729 leisten auch eine unverzichtbare Arbeit für Aufklärung, Wissensvermittlung und historisch-
730 politische Bildung. Wir stärken die Erinnerungskultur und bewahren das Gedenken an die
731 Verbrechen des NS-Terrors sowie an das Unrecht der SED-Diktatur. Dabei kommt
732 Gedenkstättenbesuchen durch Schülergruppen eine wichtige Rolle zu. Digitale
733 Erinnerungsprojekte werden gezielt gefördert und der Bau des Besucherzentrums
734 Sachsenhausen umgesetzt.

735 Zudem werden wir

- 736 • die Kulturland-Themenjahre fortsetzen und auch künftig den „Kunstpreis des Landes
- 737 Brandenburg“ verleihen;
- 738 • die Projekte „Klasse Musik“ und „klangvolle Bildung“ weiterführen;
- 739 • das Brandenburgische Landesmuseum für moderne Kunst erhalten;
- 740 • die Verantwortung für das Kloster Chorin übernehmen;
- 741 • das Erbe von Fürst von Pückler-Muskau bewahren.

742 Die preußischen Schlösser und Gärten sind ein von der UNESCO anerkanntes Weltkulturerbe.
743 Wir pflegen und bewahren dieses Aushängeschild als Anziehungspunkt für jährlich viele
744 Hunderttausend Besucher aus aller Welt.

745 Wir möchten gemeinsam mit den Städten und Gemeinden über einen „Pakt für Kultur“ ins
746 Gespräch kommen. Das Land ist bereit, den Theater- und Orchesterrahmenvertrag um weitere
747 fünf Jahre zu verlängern. Museen und Gedenkstätten wollen wir dazu animieren, einen Tag
748 im Monat kostenfreien Eintritt für junge Menschen, Familien sowie Seniorinnen und Senioren,
749 Alleinerziehende und Sozialleistungsbeziehende zu ermöglichen.

750 Die Sorben und Wenden sind ein unverzichtbarer Teil der kulturellen Identität Brandenburgs;
751 ihre Sprache, Traditionen und ihr kulturelles Erbe prägen unser Land bis heute. Wir werden

- 752 • die sorbisch/wendische Sprache und Kultur weiter umfassend unterstützen;
 - 753 • gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Sachsen die Stiftung für das Sorbische
 - 754 Volk weiterhin verlässlich finanzieren;
 - 755 • in diesem Jahr in Senftenberg/Złoty Komorow mit der Ausbildung von Sorbisch-
 - 756 Lehrkräften für Grundschulen beginnen.
- 757 Die niederdeutsche Sprache schützen wir und entwickeln einen Digitalen Niederdeutsch-Atlas.

758 **F. Wie bleibt Brandenburg stabil, sicher und handlungsfähig?**
 759 **Wie sorgt Brandenburg für Ordnung und schützt seine**
 760 **Bürgerinnen und Bürger?**

761 Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie ein handlungsfähiger Rechtsstaat sind zentral
 762 für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Viele Bürgerinnen und Bürger erleben derzeit, dass
 763 einstige Gewissheiten durch neue Konflikte und Gefahren in Frage stehen. Phänomene von
 764 Extremismus, Spionage, Sabotage und Desinformation nehmen zu. Der Schutz von Kritischer
 765 Infrastruktur, Verwaltung und Wirtschaft vor hybriden und digitalen Angriffen ist von
 766 wachsender Relevanz. Vor diesem Hintergrund erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass
 767 sich Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz weiterhin durch moderne
 768 Ausstattung, rechtliche Befugnisse und digitale Werkzeuge an neue, dynamische
 769 Entwicklungen anpassen. Der Schutz unseres Landes und unserer Bevölkerung durch die
 770 Bundeswehr vor äußeren Bedrohungen hat Priorität. Wo Migration, Asyl und Integration im
 771 Fokus stehen, wird eine ausgewogene Politik aus Humanität und Ordnung nach dem Prinzip
 772 Fördern und Fordern erwartet. Dafür müssen Regeln konsequent angewendet und
 773 durchgesetzt werden. Wo ein Rechtsstreit besteht, werden schnelle, verständliche und
 774 konsequente Gerichtsverfahren erwartet. Auf eine effektive Strafverfolgung und den
 775 Justizvollzug muss Verlass sein.

776 **Sichtbare Polizeipräsenz und Ordnung gewährleisten**

777 Sicherheit und Ordnung sind insbesondere das Ergebnis der täglichen Arbeit der Polizistinnen
 778 und Polizisten in unserem Land. Wir halten am Anspruch einer starken Polizei fest und
 779 bekräftigen den Aufwuchs der Polizei auf 9.000 Stellen bis zum Jahr 2029. Daher unterstützen
 780 wir die qualitative und quantitative Erweiterung unserer Hochschule der Polizei für die Aus-
 781 und Fortbildung.

782 Wir wollen die Landespolizei und ihre Organisationsstruktur angesichts des
 783 Stellenaufwuchses weiterentwickeln. Präsenz und Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort, in der
 784 Stadt und auf dem Land sind dafür der entscheidende Maßstab. Wir werden

- 785 • die Arbeit der Revierpolizei als direkter Ansprechpartner vor Ort aufwerten;
- 786 • die direkte Ansprechbarkeit durch zusätzliche Streifenwagen erhöhen;
- 787 • Polizeireviere und -inspektionen als lokale Ankerpunkte erhalten.

788 Die Polizei benötigt eine moderne Ausstattung nach dem Stand der Technik. Deshalb werden
 789 wir weiterhin in Einsatztechnik investieren und für die Beschaffung neuer sowie für den Ersatz
 790 bewährter Ausstattungen eintreten. Dies betrifft speziell die strategisch bedeutsame
 791 Beschaffung von Polizeihubschraubern und den weiteren Aufbau von Fähigkeiten zur
 792 Drohnenabwehr. An den Zentraldienst der Polizei mit der Zentralstelle für das
 793 Beschaffungswesen werden besondere Anforderungen gestellt. Wir werden prüfen, ob
 794 Kompetenzen der Einrichtung zur Erbringung von Verwaltungsleistungen erweitert werden
 795 können.

796 Wir setzen uns für die Einrichtung einer fünften Einsatzhundertschaft am Standort Schönefeld
 797 ein, die vorrangig der Bewältigung polizeilicher Lagen im Umfeld des Verkehrs- und
 798 Regierungsflughafens dient. Insbesondere in der erweiterten deutsch-polnischen Grenzregion

799 sollen zusätzliche Kräfte zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität eingesetzt
800 werden. Dazu werden Fahndungsgruppen eingerichtet.

801 An der bewährten Struktur des Gemeinsamen Zentrums in Ślubice halten wir fest. Wir setzen
802 auf den Erfolg des deutsch-polnischen Polizei-Teams und treten für einen weiteren Ausbau
803 ein. Die Kooperation unserer Polizeihochschule mit polnischen Ausbildungseinrichtungen
804 werden wir verstärken.

805 Es ist erforderlich, die polizeilichen Befugnisse an die technischen, digitalen und rechtlichen
806 Entwicklungen anzupassen. Neue Kommunikations-, Speicher- und Recherchemöglichkeiten
807 sind Schlüssel für erfolgreiche Polizeiarbeit. Dabei ist die digitale Souveränität ein hohes Gut.
808 Dazu gehören auch moderne Recherche- und Analysetools. Hierfür wird die Koalition im Zuge
809 der Novellierung des Brandenburgischen Polizeigesetzes die rechtlichen Grundlagen
810 schaffen. Es ist absehbar, dass der digitale Raum künftig ein zentraler Einsatzort sein wird,
811 weshalb wir hierauf einen Schwerpunkt setzen.

812 Um die öffentliche Sicherheit zu stärken, ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und
813 kommunalen Ordnungsbehörden wichtig. Wir werden bestehende Befugnisse überprüfen und
814 bei Bedarf erweitern – so wie etwa die Befugnis für Kommunen, Videoüberwachungssysteme
815 im öffentlichen Raum einzusetzen. Das Brandenburgische Ordnungsbehördengesetz wird
816 dahingehend novelliert.

817 **Starker Verfassungsschutz zur Abwehr extremistischer Bestrebungen**

818 Der Verfassungsschutz leistet eine anerkannt gute Arbeit bei der Aufdeckung extremistischer
819 Bestrebungen. Wir stehen zur Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes und werden das
820 Verfassungsschutzgesetz novellieren, um

- 821 • Befugnisse, Fähigkeiten und Möglichkeiten des Datenaustausches an aktuelle
822 technische Entwicklungen anzupassen;
- 823 • das durch soziale Medien veränderte Kommunikationsverhalten stärker zu
824 berücksichtigen;
- 825 • die organisatorische und personelle Aufstellung des Verfassungsschutzes an den
826 neuen Bedrohungslagen auszurichten.

827 Wir bekräftigen, dass nur Beamtin und Beamter werden darf, wer uneingeschränkt auf dem
828 Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht und auch dafür eintritt. Personen
829 mit Bezügen aus dem Bereich des politischen und religiösen Extremismus mit
830 verfassungsfeindlichen Bestrebungen werden wir vom Staatsdienst fernhalten. Hierfür ist der
831 bestehende Verfassungstreuecheck gut geeignet und soll weiterentwickelt werden.

832 Die parteinahen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen leisten einen zentralen
833 Beitrag zur gesellschaftspolitischen Arbeit und demokratischen Bildung. Wir werden mit einem
834 Stiftungsfinanzierungsgesetz die Förderung solcher Organisationen verstetigen.

835 **Krisenfester Brand- und Katastrophenschutz**

836 Unsere gut ausgebildeten Einsatzkräfte, modern ausgestattete Feuerwehren und ein
837 leistungsfähiger Katastrophenschutz sind Grundlage für Sicherheit und Stabilität unseres
838 Gemeinwesens. Wir stärken dauerhaft Warn-, Führungs- und Krisenlogistikstrukturen und
839 bauen Bürokratie ab. Wir setzen weiter Schwerpunkte für Ausstattung, Ausbildung, Logistik
840 und Einsatzfähigkeit – mit Ausrichtung auf Waldbrandbekämpfung und Warnsysteme.

841 Das Waldbrandkompetenzzentrum an der Landesschule und Technischen Einrichtung für
842 Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) ertüchtigen und entwickeln wir weiter. Wir werden

- 843 • die Bereiche Frühwarnung und Lagebilder weiter verbessern;
- 844 • die Aus- und Fortbildung einschließlich digitaler Lernangebote ausbauen;
- 845 • regelmäßig überregionale Übungen ausrichten;

- 846 • am Aufbau des zweiten Standortes der LSTE in Wünsdorf festhalten und die
847 Umsetzung beschleunigen.

848 Wir unterstützen den Aufbau der „Kompetenzregion Oranienburg“ bei der Kampfmittelsuche,
849 ändern das Ordnungsbehördengesetz entsprechend und setzen uns beim Bund für eine
850 regelmäßige Mitfinanzierung der Kampfmittelsuche in Brandenburg ein.

851 Für eine effiziente Modernisierung der Feuerwehriinfrastruktur werden wir das Konzept von
852 Musterfeuerwehrgerätehäusern vorantreiben. Für Großlagen stärken wir schlanke und mobile
853 Katastrophenschutzfähigkeiten mit standardisierten Modulen. Das Ehrenamt als tragende
854 Säule des Brand- und Katastrophenschutzes unterstützen wir durch

- 855 • sichtbare Anerkennung;
856 • bessere Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt;
857 • die Bündelung von Qualifizierungsangeboten.

858 Für ein modernes, integriertes Sicherheits- und Krisenmanagement in den Bereichen Zivil- und
859 Bevölkerungsschutz werden wir die Zusammenarbeit neu strukturieren und Kompetenzen
860 bündeln. Wir setzen das KRITIS-Dachgesetz des Bundes zügig um und stärken den Schutz
861 kritischer Infrastrukturen durch ressortübergreifend abgestimmte Verfahren. Das
862 Brandenburgische Brand- und Katastrophenschutzgesetz wird novelliert.

863 **Leistungsfähige zivile Verteidigung und Unterstützung der Bundeswehr**

864 Wir bekennen uns zur Bundeswehr und ihren Standorten. Notwendig ist deshalb

- 865 • eine Stärkung der zivilen Verteidigung;
866 • die Beschleunigung von militärischen Infrastrukturmaßnahmen;
867 • ein leistungsfähiges, vorausschauendes Krisenmanagement als wesentlicher
868 Bestandteil der staatlichen Sicherheitsvorsorge.

869 Für die dem Land Brandenburg zufallenden Aufgaben werden wir die notwendigen
870 Ressourcen bereitstellen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit bauen wir systematisch aus
871 und verankern sie dauerhaft. Brandenburg wirkt aktiv am bundesweiten Lagebild zur zivilen
872 Verteidigung mit.

873 Jugendoffiziere können wie auch andere Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft im
874 Rahmen des Schulunterrichts oder von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und
875 Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Politikinstrumente und die Aufgaben der
876 Bundeswehr informieren. Näheres wird in einer Kooperationsvereinbarung des Landes mit der
877 Bundeswehr vereinbart.

878 **Migration und Integration steuern**

879 Wir setzen auf Humanität und Ordnung, wenn Menschen nach Brandenburg zuwandern, und
880 stehen zum Recht auf Asyl. Wer Teil dieser Gesellschaft werden möchte, ihre Grundwerte teilt,
881 die Sprache lernt, sich mit Engagement einbringt und seinen eigenen Lebensunterhalt
882 erwirtschaftet, soll sich ein Bleiberecht erarbeiten können. Für die Ausgewogenheit von
883 Fördern und Fordern wollen wir mittels eines Integrationsgesetzes

- 884 • Integrationsinstrumente stärken, verstetigen und bündeln;
885 • die Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme erleichtern sowie gezielte Unterstützung durch
886 Integrationsvereinbarungen geben;
887 • bestehende Strukturen entbürokratisieren.

888 Durch das Integrationsgesetz werden zudem Aufgaben zwischen der Zentralen
889 Ausländerbehörde (ZABH) und den kommunalen Ausländerbehörden mit dem Ziel eines
890 effektiveren und zielführenderen Vollzugs neu und verlässlich geordnet.

891 Nach dem System der Landeseinrichtungen unterscheiden wir zwischen der
892 • Verteilung von Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen und
893 • dem Verbleib von Menschen mit unklarer oder ohne Bleibeperspektive in Landesobhut.

894 Die Landesobhut unterteilt sich wiederum in die Unterbringung von Menschen mit
895 • unklarer Bleibeperspektive oder ohne Bleibeperspektive und ohne
896 Rückführungsmöglichkeit in Landesübergangseinrichtungen einerseits und
897 • die Zuweisung von Menschen ohne Bleibeperspektive mit Rückführungsmöglichkeit in
898 Ausreisereinrichtungen andererseits.

899 Die ZABH soll unter Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen auch rechtlich für den
900 Personenkreis der Menschen ohne Bleibeperspektive zuständig sein. Wir steuern Migration,
901 indem wir

902 • Menschen ohne Bleibeperspektive und ohne Bleiberecht konsequent zurückführen;
903 • weiterhin die freiwillige Ausreise unterstützen;
904 • die „Task Force Abschiebung“ fortsetzen, insbesondere um Straftäter und Störer
905 beschleunigt zurückführen zu können;
906 • ein Behördenzentrum am Flughafen BER errichten.

907 Wir setzen den Pakt für schnelle Asylgerichtsverfahren konsequent um. Dies umfasst
908 insbesondere eine personelle Stärkung der Verwaltungsgerichte, die Einrichtung einer
909 länderübergreifenden Asyldokumentationsstelle beim Obergericht Berlin-
910 Brandenburg sowie eine effizientere Regelung der Gerichtszuständigkeiten.

911 **Justiz – schnell, modern und wirksam**

912 Wir setzen uns für eine schnelle und effektive Justiz mit angemessenen Verfahrenslaufzeiten
913 in allen Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaft ein. Wir unterstützen mit dem Bund den
914 Pakt für den Rechtsstaat mit seinen drei Säulen: Personal, Digitalisierung und Reform der
915 Verfahrensordnungen. Wir stellen den für den Generationenwechsel notwendigen
916 Wissenstransfer durch geeignete Maßnahmen sicher.

917 Wir werden das Brandenburgische Richtergesetz mit dem Ziel novellieren, Richterinnen und
918 Richter in der Fläche einzusetzen, die Mitbestimmung an allen Gerichten abzusichern und
919 Schriftformerfordernisse abzubauen.

920 Bei der Modernisierung der Justiz setzen wir folgende Schwerpunkte:

921 • Konsequente Fortsetzung des Digitalisierungsprozesses;
922 • Verstärkter Einsatz von KI-Assistenten;
923 • Verfügbarmachung elektronischer Terminbuchung an allen Amtsgerichten;
924 • Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

925 Die Personalbesetzung an Justizstandorten im ländlichen Raum werden wir, wo nötig, durch
926 weitere gezielte attraktivitätssteigernde Maßnahmen unterstützen. Wir werden alle
927 Gerichtsstandorte im Land erhalten und die Arbeitsgerichtsreform evaluieren.

928 Wir stärken die Resilienz des Landesverfassungsgerichts, indem wir dem Gericht ein
929 nachgeordnetes Vorschlagsrecht zur Wahl ihrer Richterinnen und Richter einräumen. Wir
930 werden in allen Gerichtsbarkeiten die Widerstandsfähigkeit des Richterwahlverfahrens
931 sichern. Wir gewährleisten, dass die Arbeit der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie
932 Schöffinnen und Schöffen nicht durch Verfassungsfeinde untergraben wird. Wir werden ein
933 Gesetz zur Untermauerung des gesellschaftlichen Vertrauens in die weltanschaulich-religiöse
934 und politische Neutralität der Justiz auf den Weg bringen.

935 Für einen handlungsfähigen Justizvollzug weiten wir unsere Anstrengungen zur
936 Personalgewinnung aus. Außerdem novellieren wir die brandenburgischen
937 Justizvollzugsgesetze, wobei insbesondere Abläufe und Verfahren vereinfacht werden. Die

938 Sicherheit der Bediensteten steht für uns an oberster Stelle und wird durch zielgerichtete
939 Maßnahmen erhöht. Wir stärken auch den Opferschutz, indem wir

- 940 • Unterstützung nicht erst auf Anfrage des Opfers, sondern proaktiv anbieten;
- 941 • die psychosoziale Prozessbegleitung für Minderjährige nach Änderung des
942 Bundesgesetzes auch ohne Antrag gewähren;
- 943 • in Abstimmung mit dem Bund die Elektronische Aufenthaltsüberwachung als
944 gefahrenabwehrrechtliche Maßnahme, insbesondere im Gewaltschutzgesetz,
945 einführen wollen.

946 Wir wollen schwere Kriminalität im Internet wirksamer bekämpfen, befürworten die dafür
947 notwendige Speicherung von IP-Adressen und werden die Organisationsstrukturen der
948 Staatsanwaltschaften optimieren, um die Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung
949 konsequent anzuwenden.

950 Wir werden den bestehenden Rechtskundeunterricht an brandenburgischen Schulen
951 weiterentwickeln, die Gerichtsvollzieherausbildung akademisieren und hierzu
952 Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bundesländern prüfen.

953 Betreuerinnen, Betreuer und Betreuungsvereine leisten, auch aufgrund des demografischen
954 Wandels, eine wichtige Arbeit und entlasten die Kommunen. In die Evaluation des
955 Vergütungssystems auf Bundesebene werden wir uns engagiert einbringen.

956 **G. Wie bleibt Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert?**

957 Brandenburg hat in den letzten Jahrzehnten ein hohes Niveau an Daseinsvorsorge aufgebaut,
958 auf welches wir stolz sein können. Gute Daseinsvorsorge muss im ganzen Land zugänglich
959 und verlässlich sein. Viele Bürgerinnen und Bürger erleben jedoch, dass sich zentrale
960 Bereiche derzeit im Umbruch befinden. Die Menschen sehen die medizinische Versorgung
961 zunehmend gefährdet, wenn Haus- oder Facharztpraxen schwer erreichbar sind, auf Termine
962 lange gewartet werden muss oder Krankenhäuser unter wirtschaftlichem Druck stehen. Die
963 Menschen fragen nicht zuerst nach Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune,
964 sondern danach, ob Hilfe im Ernstfall schnell und zuverlässig geleistet wird, Rettungsdienst
965 und Krankenfahrten funktionieren und ob sie am Ende mit unerwarteten Rechnungen belastet
966 werden. Gerade im ländlichen Raum wird genau hingeschaut, ob die Versorgung vor Ort in
967 allen wichtigen Lebensbereichen erhalten bleibt – und Reformen tatsächlich Abläufe
968 verbessern oder neue Hürden schaffen.

969 Unser vorrangiges Ziel ist es deshalb, dass Brandenburg als Flächenland in allen Regionen
970 gleichwertige Lebensverhältnisse bietet: mit einer verlässlichen, flächendeckenden
971 Gesundheitsversorgung, guter Pflege, Arzneimittelversorgung vor Ort sowie kulturellen
972 Angeboten, die Identität stiften und Gemeinschaft stärken.

973 **Leistungsfähige, flächendeckende Gesundheitsversorgung**

974 Wir werden die Krankenhausreform des Bundes und die damit verbundenen Gesetze und
975 Verordnungen kritisch, aber konstruktiv begleiten. Den 5. Landeskrankenhausplan stellen wir
976 zügig fertig und setzen ihn entsprechend um. Dabei nutzen wir ausdrücklich die
977 Synergieeffekte der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg.

978 Damit Krankenhäuser ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können, braucht es eine
979 auskömmliche Finanzierung. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die
980 Betriebskosten der Krankenhäuser ausreichend finanziert werden. Die Investitionen in
981 Krankenhäuser finanzieren wir in Höhe von 200 Mio. Euro pro Jahr.

982 Alle Krankenhausstandorte sollen als Orte der regionalen Gesundheitsversorgung im Land
983 erhalten bleiben, beispielsweise als Krankenhaus oder als Medizinisches
984 Versorgungszentrum/Poliklinik. Künftige Krankenhäuser oder Versorgungszentren werden wir

- 985 • an den Bedarfen in den Versorgungsregionen ausrichten;
 - 986 • zukunftsicher weiterentwickeln.
- 987 Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung kommunaler medizinischer
 988 Versorgungszentren wollen wir so anpassen, dass die notwendigen Bürgschaften erleichtert
 989 werden.
- 990 Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist für soziale Gerechtigkeit und gleichwertige
 991 Lebensverhältnisse von zentraler Bedeutung. Angesichts des demografischen Wandels, des
 992 Fachkräftemangels und wachsender regionaler Unterschiede sind insbesondere ländliche
 993 Räume auf neue, flexible Versorgungsansätze angewiesen. Besonders wichtig sind dabei
 994 unsere niedergelassenen Haus- und Fachärzte.
- 995 Um mehr Landärzte zu gewinnen,
- 996 • führen wir eine Landarztquote für das Studium der Humanmedizin an der
 - 997 Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem (MUL-CT) ein;
 - 998 • setzen uns auf Bundesebene für die Möglichkeit ein, die Landarztquote zu erhöhen;
 - 999 • verstetigen wir das Landärztestipendium und weiten es auf Zahnärztinnen und
 - 1000 Zahnärzte aus.
- 1001 Wir brauchen alle Akteure der gesundheitlichen Versorgung, um in ländlichen und städtischen
 1002 Regionen auch in Zukunft angemessene, sektorenübergreifende Angebote machen zu
 1003 können. Wir wollen neue Wege erproben und Innovationen ermöglichen. Vor diesem
 1004 Hintergrund richten wir in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Landesgremium nach §
 1005 90a SGB V eine interdisziplinäre Taskforce ein. Dies soll durch regionale
 1006 Gesundheitskonferenzen in den Kreisen und kreisfreien Städten unterstützt werden. Auf
 1007 Bundesebene setzen wir uns für gesetzliche Rahmenbedingungen ein, die
 1008 Gesundheitsregionen und eine sektorenübergreifende regionale Gesundheitsplanung
 1009 ermöglichen.
- 1010 Wir unterstützen den Erhalt von Geburts- und Kinderkliniken und setzen uns für ausreichend
 1011 Hebammen ein.
- 1012 Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist eine wichtige Leistung im Rahmen der
 1013 familienunterstützenden Maßnahmen und soll weiterhin niedrigschwellig und angemessen
 1014 erreichbar sein. Mindestens die Erstgespräche sollen in Präsenz stattfinden.
- 1015 **Gesundheitsvorsorge und Versorgungssicherheit weiterentwickeln**
- 1016 Die Koalition wird den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) als zentrales Instrument für
 1017 Prävention stärken und weiterentwickeln. Dabei liegt ein Fokus auf Kinder- und
 1018 Jugendgesundheit sowie sozial benachteiligten Gruppen. Wir werden
- 1019 • das ÖGD-Gesetz anpassen;
 - 1020 • uns auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des ÖGD in gemeinsamer
 - 1021 Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen einsetzen.
- 1022 Im nächsten Kinder- und Jugendgesundheitsbericht sollen Handlungsoptionen aufgezeigt
 1023 werden, wie Potentiale und Risiken von Gaming und Social-Media-Nutzung in die
 1024 gesundheitliche Präventionsarbeit einbezogen werden können.
- 1025 Wir stärken weiterhin die geschlechtersensible Medizin und setzen uns für eine
 1026 flächendeckende bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung sowie eine
 1027 bedarfsgerechte Arzneimittelversorgung vor Ort ein.
- 1028 In Notsituationen muss Hilfe verlässlich und für Betroffene ohne zusätzliche Belastung möglich
 1029 sein. Wir wollen,
- 1030 • dass gesetzlich Versicherte keine Kosten für die notwendige Inanspruchnahme des
 - 1031 Rettungsdienstes übernehmen müssen;

- 1032 • auf Bundesebene eine Reform der Notfallversorgung einfordern, die auch die
1033 Kostenübernahme der sogenannten Fehlfahrten verbindlich regelt;
1034 • gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Anpassung des
1035 Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes prüfen.

1036 Auch für Menschen mit Long-Covid, Post-Vac-Syndrom und Myalgische
1037 Enzephalomyelitis/das Chronische Fatigue Syndrom (ME/CFS) verbessern wir die Versorgung
1038 und fördern das DiReNa-Netzwerk als zentrale Anlaufstelle. Die Arbeit der Enquete-
1039 Kommission Corona begleiten wir weiterhin konstruktiv und lösungsorientiert. Damit wollen wir
1040 die Erfahrungen der Pandemie aufarbeiten und daraus mögliche Handlungsoptionen ableiten.

1041 **Pflege und würdevolles Altern**

1042 Bei Pflegebedürftigkeit sollen Brandenburgerinnen und Brandenburger möglichst lange zu
1043 Hause bleiben können. Eine gute pflegfachliche Begleitung und Versorgung sowie die
1044 Möglichkeit, am Leben der örtlichen Gemeinschaft teilhaben zu können, sind dafür
1045 unverzichtbar.

1046 Mit dem „Pakt für Pflege“ ist es gelungen, Pflege und Prävention auch zu einem
1047 kommunalpolitischen Thema zu machen und sozialräumliche Hilfen im Vor- und Umfeld der
1048 Pflege zu etablieren.

1049 Deshalb ist es wichtig, dieses einzigartige Projekt im Landespflegegesetz zu verankern, damit
1050 die Präventionsangebote auch weiterhin die häusliche Pflege stabilisieren.

1051 Die Einführung der Nachbarschaftshilfe unterstützen und evaluieren wir. Darüber hinaus
1052 setzen wir die Gesundheits- und Krankenpflegehilfe sowie die Altenpflegehilfe im Land
1053 Brandenburg gemäß den Generalistikanforderungen des Bundes um.

1054 Wir sorgen für praxistaugliche Regeln und eine faire Lastenverteilung. Dafür prüfen wir eine
1055 Novellierung des Pflege- und Betreuungswohngesetzes und der Strukturqualitätsverordnung
1056 (SQV). Auf Bundesebene fordern wir eine Entlastung des Landes bei den Sozialhilfekosten
1057 und setzen uns für eine umfassende Pflegereform ein.

1058 Zur Gewinnung von Pflegekräften wollen wir

- 1059 • die Anerkennung ausländischer Abschlüsse im Gesundheitswesen und im
1060 Pflegebereich erleichtern;
1061 • die Anwerbung ausländischer Fachkräfte über die Koordinierungsstelle für die
1062 Fachkräftesicherung in der Pflegewirtschaft (KFP) unterstützen;
1063 • das Modellprojekt „National Matching Brandenburg“ fortführen.

1064 Die Serviceeinheit Entgeltwesen als Dienstleister für die Landkreise und kreisfreien Städte
1065 werden wir im Hinblick auf den Evaluationsbericht weiterentwickeln.

1066 Resilienz und Sicherheit in Einrichtungen gewinnen weiter an Bedeutung – insbesondere bei
1067 Krisenlagen. Wir werden

- 1068 • den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz resilienter machen;
1069 • den Landespandemieplan fortschreiben;
1070 • verpflichtende Regelungen für Notstrom in Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur
1071 im Gesundheits- und Pflegebereich prüfen.

1072 Auf Bundesebene sollen Ausnahmen für die Erforderlichkeit eines
1073 Personenbeförderungsscheines für Pflege- und Betreuungsfahrten der Pflegedienste im
1074 Rahmen der Leistungserbringung nach SGB V und SGB XI geschaffen werden.

1075 Hospiz- und Palliativarbeit sind zentrale Bestandteile gesellschaftlicher Verantwortung und
1076 Ausdruck einer mitfühlenden und solidarischen Gesellschaft. Mit einem Runden Tisch sollen
1077 gemeinsame Strategien und Versorgungskonzepte für Brandenburg entwickelt werden, um
1078 flächendeckend Hospiz- und Palliativversorgung sicherzustellen.

1079 **Soziale Sicherheit und Vielfalt für ein starkes Gemeinwesen**

1080 Wohlfahrtsverbände sind tragende Säulen der sozialen Daseinsvorsorge und unverzichtbare
1081 Partner des Landes. Wir sichern Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser und sorgen
1082 dafür, dass ihre Angebote noch sichtbarer werden. Zur Qualitätssicherung und Vermeidung
1083 von Doppelstrukturen wollen wir

- 1084 • die Angebote und Arbeitsweisen von Familienverbänden und Familienzentren
- 1085 evaluieren;
- 1086 • das Familienforum neu ausrichten;
- 1087 • ein digitales Familienportal anbieten.

1088 Wir stärken die Politik für Seniorinnen und Senioren, indem wir die seniorenpolitischen
1089 Leitlinien umsetzen und fortschreiben. Darüber hinaus begleiten wir die Rentenreform auf
1090 Bundesebene kritisch und konstruktiv.

1091 Beim Schutz von Kindern und Jugendlichen setzen wir auf verbindliche Strukturen wie
1092 Kinderschutzkonzepte und eine bessere Zusammenarbeit. Wir ermöglichen

- 1093 • interkollegialen Ärzteaustausch im Kinderschutz;
- 1094 • die Einführung von Kinderschutzambulanzen sowie Kinderschutz- bzw. Childhood-
1095 Häusern, basierend auf Bundesförderung.

1096 Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfasst und
1097 strukturelle Veränderungen erfordert. Wir verstehen das Landesgleichstellungsgesetz als
1098 strategisches Instrument, um den Verfassungsauftrag umzusetzen. Wir setzen uns für eine
1099 gerechte Entlohnung und ein partnerschaftliches Miteinander bei der Erwerbs- und
1100 Sorgearbeit ein.

1101 Wir setzen die Istanbul-Konvention in Brandenburg weiter um und werden das
1102 Bundesgewalthilfegesetz im Rahmen der landesrechtlichen Zuständigkeiten verlässlich
1103 ausgestalten. Die Unterstützungsstrukturen für von Gewalt betroffene Menschen wollen wir
1104 bedarfsgerecht ausbauen. Wir unterstützen Frauenhäuser und stehen zu einer verlässlichen
1105 Finanzierung der Frauenverbände und -netzwerke.

1106 Wir stehen für den Schutz und die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und
1107 fördern eine Kultur des gegenseitigen Respekts, in der Vorurteile und diskriminierendes
1108 Verhalten abgebaut werden. Wir setzen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ konsequent
1109 um.

1110 Wir wollen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Dafür
1111 fördern wir die Inklusion. Wir erfüllen das Bundesteilhabegesetz und prüfen zugleich die
1112 bisherige Umsetzung. Darüber hinaus wollen wir das Brandenburgische
1113 Behindertengleichstellungsgesetz mit dem Ziel der Inklusion und Chancengleichheit im
1114 Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln. Das
1115 Behindertenpolitische Maßnahmenpaket setzen wir zielgerichtet um und gestalten es
1116 fortlaufend weiter.

1117 **Gemeinschaft leben**

1118 Entscheidend für Lebensqualität sind nicht nur Versorgung und Absicherung, sondern auch
1119 Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit. Wir unterstützen

- 1120 • den Erhalt der Kulturlandschaft zur Stärkung der Identität, des Tourismus und der
1121 Verbindung der Menschen zu unserem Land;
- 1122 • die kulturellen Ankerpunkte in Kooperation mit den Landkreisen und sichern dadurch
1123 auch Strukturen bürgerschaftlichen Engagements;
- 1124 • Soziokultur, Heimat- und Volksfeste sowie Festivals, insbesondere im ländlichen
1125 Raum;
- 1126 • zur Stärkung der Dorfgemeinschaften den Erhalt der LEADER-Förderung;

- 1127 • die Weiterführung der Denkmalhilfe;
1128 • den Erhalt von Dorfkirchen und Dorfgemeinschaftshäusern als gesellschaftliche
1129 Treffpunkte.

1130 Wo Begegnungsräume verschwinden, wächst Einsamkeit und mit ihr das Gefühl, abgehängt
1131 zu sein. Deshalb wollen wir eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Einsamkeit und ein
1132 Konzept für die Ausgestaltung von Begegnungsorten erarbeiten.

1133 **H. Wie gelingt „Ankommen“ in Brandenburg?**

1134 Brandenburg ist Zuzugsland, die Bevölkerung wächst. Dies zeigt, dass unser Brandenburg
1135 attraktiv ist und die Menschen hier gut und gerne leben. Gute und verlässliche Mobilität im
1136 ganzen Land ist ein Schlüsselfaktor für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und
1137 gesellschaftliche Teilhabe. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten verkehrstüchtige Straßen,
1138 gut ausgebaute Radwege und zuverlässige öffentliche Verkehrsangebote, die besonders für
1139 Familien und ältere Menschen alltagstauglich sein müssen. Schülerinnen und Schüler,
1140 Auszubildende und Berufstätige erwarten, dass Mobilitäts-Hürden auf dem Weg in Ausbildung
1141 und Beruf beseitigt werden, damit das Ergreifen von persönlichen Chancen nicht vom Wohnort
1142 abhängt.

1143 In stark wachsenden Regionen ist der Druck auf den Wohnungsmarkt hoch und die Mieten
1144 steigen. Im gesamten Land brauchen wir mehr altersgerechte und barrierefreie Wohnungen.
1145 Junge Familien haben es durch die hohen Baukosten schwer, Wohneigentum zu schaffen.
1146 Bezahlbares Wohnen ist für viele Menschen eine Zukunftsfrage geworden. Auf diese Fragen
1147 wollen wir Antworten geben.

1148 **Wachstum fördern durch Landesplanung und Regionalentwicklung**

1149 Wir wollen die unterschiedlichen Potenziale der Brandenburger Regionen stärker miteinander
1150 verbinden und Wachstum und Entwicklung im gesamten Land ermöglichen. Wir führen die
1151 gemeinsame Landesplanung mit Berlin fort und überprüfen den „Landesentwicklungsplan
1152 Hauptstadtregion“ mit dem Ziel, die Entwicklungsspielräume für Gemeinden außerhalb der
1153 Verdichtungsräume zu erweitern.

1154 Bei der Umsetzung des strategischen Gesamtrahmens für die Hauptstadtregion legen wir die
1155 Schwerpunkte auf die Bereiche Mobilität und Infrastruktur.

1156 Wir unterstützen Landkreise, Kommunen und Leader-Aktionsgruppen bei der Umsetzung von
1157 Schlüsselvorhaben der Regionalentwicklungsstrategie „Stärken verbinden“ durch

- 1158 • die gezielte Prioritätensetzung beim Einsatz von Fördermitteln;
1159 • die Unterstützung der Arbeit des Kommunalen Nachbarschaftsforums und
1160 des Dialogforums Airport Berlin-Brandenburg.

1161 Wir werden die Zusammenarbeit mit unseren benachbarten Ländern und Metropolregionen
1162 insbesondere bei den Themenfeldern Mobilität, Infrastruktur, Wasserver- und
1163 Abwasserentsorgung sowie Wirtschaft und Wissenschaft weiter ausbauen. Dafür setzen wir
1164 die Tradition der gemeinsamen Kabinettsitzung mit den benachbarten Ländern fort und
1165 unterstützen damit die Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Projekte.

1166 Bei der Regionalplanung setzen wir den Schwerpunkt auf die Steuerung der
1167 Windenergienutzung. Ziel ist die Begrenzung des Windenergieausbaus auf ausgewiesene
1168 Vorranggebiete. Wir halten am Abstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung fest.

1169 **Straßen-, Brücken und Radwegebau voranbringen**

1170 Eine moderne Infrastruktur ist Katalysator für die Landesentwicklung. Wir wollen Wege finden,
1171 dem Investitionsstau zu begegnen, bleiben aber beim Grundsatz „Erhalt vor Ausbau“.

- 1172 Investitionsschwerpunkte setzen wir mit Blick auf:
- 1173 • Wirtschaft und Wertschöpfung;
 - 1174 • die Entwicklung überregionaler Achsen;
 - 1175 • den Erhalt und die Sanierung von Brückenbauwerken mit Relevanz für das
 - 1176 Gesamtnetz;
 - 1177 • Lückenschlüsse im Radwegenetz.
- 1178 Gemeinsam mit den Kommunen setzen wir ein Abstufungsprogramm für Landesstraßen um.
- 1179 Wir wollen schnelle und möglichst kostengünstige Investitionen in das Gesamtstraßen- und
- 1180 Radwegenetz. Deswegen werden wir das Brandenburgische Straßengesetz mit dem Ziel
- 1181 überprüfen,
- 1182 • Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen;
 - 1183 • Standards zu senken.
- 1184 Die Brandenburger Alleen sind prägende Kulturlandschaftselemente und haben eine
- 1185 identitätsstiftende Bedeutung. Deshalb halten wir an der Umsetzung der Alleenkonzeption
- 1186 2030 und am Alleenkompetenzzentrum fest.
- 1187 **Schienenprojekte auf die Strecke bringen**
- 1188 Wir wollen ein gut erreichbares und verlässlich funktionierendes Netz öffentlicher
- 1189 Verkehrsmittel mit hoher Qualität. Die Hauptachsen werden durch den
- 1190 Schienenpersonenverkehr und die Querverbindungen und die Versorgung in der Fläche durch
- 1191 den Busverkehr getragen. Die verschiedenen Verkehrsträger und den Fußverkehr verknüpfen
- 1192 wir mit dem Ziel, eine effiziente, ressourcenschonende und verlässliche Erreichbarkeit
- 1193 herzustellen.
- 1194 Wir werden
- 1195 • die PlusBus-Verkehre mit dem Ziel der zukunftsfesten Ausrichtung evaluieren;
 - 1196 • die Zuschüsse an die Aufgabenträger des ÖPNV auch künftig anpassen;
 - 1197 • die Förderung von Investitionen in den ÖPNV fortsetzen;
 - 1198 • die Verkehrssicherheitsarbeit fortführen und das „Bündnis für Mobilität“ begleiten;
 - 1199 • neue Mobilitätsformen unterstützen.
- 1200 Zur Verbesserung der Abrufbarkeit von Investitionsmitteln werden wir die Möglichkeit der
- 1201 Erhöhung der Bewilligungszeiträume prüfen.
- 1202 Wir bekennen uns zum Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, werden das Tarifsystem
- 1203 vereinfachen und setzen uns für den Erhalt des Deutschlandtickets ein.
- 1204 Wir priorisieren die Maßnahmen im Programm i2030 und arbeiten mit Berlin und der
- 1205 Deutschen Bahn AG an der weiteren Umsetzung. Die Planungskosten für die priorisierten
- 1206 Projekte sichern wir überjährig ab, damit diese zügig die Umsetzungsreife erlangen.
- 1207 Fernverkehrshalte sind ein wichtiger Entwicklungsmotor. Wir setzen uns für den Erhalt und
- 1208 den Ausbau ein.
- 1209 Gute Schieneninfrastruktur stärkt die Wirtschaft. Durch den weiteren Anschluss wichtiger
- 1210 Gewerbegebiete wollen wir den Güterverkehr verstärkt auf die Schiene oder auf
- 1211 Wasserstraßen verlagern und entsprechende Umschlagterminals schaffen. Die Planungen
- 1212 zum Schienenpersonenverkehr sind mit den Anforderungen des Schienengüterverkehrs und
- 1213 des Deutschlandtaktes zu koordinieren.
- 1214 Wir unterstützen die Entwicklung des Flughafens BER, insbesondere den Ausbau von
- 1215 Langstreckenverbindungen. Wir halten am Beschluss des Landtages zum Volksbegehren
- 1216 Nachtflugverbot BER fest und setzen uns für lärmindernde An- und Abflugverfahren ein. Eine
- 1217 dritte Start- und Landebahn lehnen wir ab.

1218 **Schneller bauen für mehr bezahlbares Wohnen**

1219 Unsere Städte und Dörfer sollen attraktive Lebensmittelpunkte bleiben. Wir führen die
1220 Städtebauförderung und die Wohnraumförderung fort. Schwerpunkte dabei sind

- 1221 • die Schaffung bezahlbaren Wohnraums;
- 1222 • der Erhalt lebendiger Innenstädte und Dorfkerne;
- 1223 • der Erhalt einer guten sozialen Infrastruktur und eines attraktiven Lebensumfeldes.

1224 Wir werden die Erarbeitung und Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten
1225 (INSEK) vereinfachen.

1226 Bauen muss preiswerter und effizienter werden. Der in den Landtag eingebrachte Entwurf zur
1227 Novellierung der Bauordnung ist ein richtiger Schritt dafür. Im parlamentarischen Verfahren
1228 wollen wir weitere Veränderungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Verkürzung einbringen
1229 und bis Ende 2026 das digitale Baugenehmigungsverfahren flächendeckend einführen.

1230 Wir wollen zudem

- 1231 • energetische Standards überprüfen und dabei auch auf Quartierslösungen setzen;
- 1232 • das serielle und modulare Bauen durch Typengenehmigungen, insbesondere für den
1233 Bau von Schulen, Kitas und Wohnungen, vereinfachen;
- 1234 • die Kommunen bei der Erarbeitung kommunaler Wärmeplanungen unterstützen.

1235 Wir achten auf gute Bauqualität und

- 1236 • unterstützen die Baukulturinitiativen und Netzwerkarbeit;
- 1237 • führen die Kompetenzstelle Nachhaltiges Bauen fort.

1238 Wir wollen den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum durch die Weiterentwicklung des Bestands
1239 und die Förderung des Neubaus von Mietwohnungen und selbstgenutztem Wohneigentum
1240 decken.

1241 Zur Bereitstellung bebaubarer Flächen wollen wir

- 1242 • unsere Kommunen bei der Bauleitplanung unterstützen;
- 1243 • Wohnungsbau auch auf Rückbauflächen ermöglichen.

1244 Das Bündnis für Wohnen ist und bleibt ein wichtiger Akteur für die Bündelung der Kräfte und
1245 gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen.

1246 Als wichtiges Instrument sichern wir die Funktions- und Leistungsfähigkeit des
1247 Landeswohnungsbauvermögens. Wir passen die Wohnraumförderung an und werden

- 1248 • das derzeitige Fördervolumen für selbstgenutztes Wohneigentum verdoppeln;
- 1249 • bei der Förderung des Mietwohnungsbaus auf eine ausgewogene regionale Verteilung
1250 achten;
- 1251 • kommunale Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften bevorzugt
1252 berücksichtigen;
- 1253 • die Einkommensgrenzen für die Wohnraumförderung und den Erhalt von
1254 Wohnberechtigungsscheinen an die reale Einkommensentwicklung anpassen;
- 1255 • die Möglichkeiten zur Übertragung von Belegungsbindungen im Bestand ausweiten;
- 1256 • den Ankauf von Belegungsbindungen zur Bestandswahrung unterstützen.

1257 Unser Ziel ist, dass Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen besser von der
1258 Wohnraumförderung profitieren können und jungen Familien der Bau von Eigenheimen
1259 erleichtert wird. Wir unterstützen die Kommunen beim Aufbau qualifizierter Mietspiegel, um die
1260 Mietentwicklung transparent und rechtssicher zu gestalten. Um in angespannten
1261 Wohnungsmärkten Mietsteigerungen zu begrenzen, behalten wir die Mietpreisbegrenzungs-
1262 und Kappungsgrenzenverordnung bei und setzen uns für die Verhinderung von
1263 Umgehungstatbeständen ein.

1264 I. Grundsätze der Zusammenarbeit

1265 Unsere Zusammenarbeit für Brandenburg ist geprägt von gegenseitigem Respekt, Vertrauen
1266 sowie der Anerkennung der jeweiligen politischen Positionen. Wir unterstützen uns
1267 gegenseitig dabei, Erfolge zu erzielen und eigene Akzente zu setzen, eigenständige
1268 Positionen zu diskutieren und zu vertreten. Die Grundlage dafür ist die enge und vertrauliche
1269 Abstimmung unter den Parteien, den Fraktionen und innerhalb der Landesregierung. Der
1270 kritische Diskurs ist unsere Basis dafür, die besten Lösungen für Brandenburg zu entwickeln.
1271 Dazu werden wir

1272 • als Steuerungsgremium einen paritätisch besetzten Koalitionsausschuss mit zehn
1273 Mitgliedern einrichten, der aus dem Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden
1274 Ministerpräsidenten, den Fraktions- und Landesvorsitzenden sowie den
1275 Generalsekretären der Koalitionspartner und einem weiteren – bzw. bei Personalunion
1276 – aus zwei weiteren Mitgliedern besteht. Die Chefin oder der Chef der Staatskanzlei
1277 nimmt als ständiger Gast an den Beratungen teil. Der Koalitionsausschuss tagt
1278 mindestens zweimal jährlich und wird die Ausrichtung und die Wirksamkeit der
1279 Regierungsarbeit im Blick haben;

1280 • in jährlichen Koalitionsklausuren den Stand der Umsetzung der vereinbarten Ziele und
1281 Maßnahmen überprüfen sowie neue Prioritäten und Arbeitsschwerpunkte für das
1282 Folgejahr festlegen;

1283 • zur Abstimmung der laufenden Regierungsarbeit eine monatliche Konsultation
1284 zwischen dem Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und den
1285 Fraktionsvorsitzenden etablieren.

1286 Im Kabinett ist gegenseitige Rücksichtnahme Basis unserer vertrauensvollen
1287 Zusammenarbeit. Die Interessen des Landes Brandenburg haben bei Abstimmungen im
1288 Bundesrat absoluten Vorrang. „Verantwortung für Brandenburg“ ist unsere gemeinsame
1289 Leitlinie im Land, gegenüber dem Bund und in der Europäischen Union.

1290 Weitergehende Regelungen zu Teilnahme-, Abstimmungs- und Informationspflichten werden
1291 wir einvernehmlich in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung regeln.

1292 Die Fraktionsvorsitzenden und die parlamentarischen Geschäftsführerinnen und
1293 Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen verabreden einen regelmäßigen und engen
1294 Austausch zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit.

1295 Wir treten im Landtag Brandenburg, in den Ausschüssen und in den weiteren
1296 parlamentarischen Gremien geschlossen auf und stimmen nicht mit wechselnden Mehrheiten
1297 ab. Gesetzentwürfe, Anträge, sonstige Vorlagen sowie Große Anfragen werden gemeinsam
1298 eingebracht. Die Koalitionspartner verabreden, dass Anträge und Initiativen aus den Reihen
1299 der Opposition grundsätzlich abzulehnen sind, sofern nicht einvernehmlich eine andere
1300 Vorgehensweise verabredet wurde. Ausschusssitzungen werden durch die Koalitionspartner
1301 gemeinsam vorbereitet. Die betreffenden Mitglieder der Landesregierung bzw. ihre
1302 Staatssekretärinnen und Staatssekretäre werden zu diesen Sitzungen eingeladen.

1303 Struktur der Landesregierung

1304 Die SPD stellt den Ministerpräsidenten und hat das Vorschlagsrecht für die folgenden
1305 Ministerien:

- 1306 • Staatskanzlei
- 1307 • Ministerium der Finanzen
- 1308 • Ministerium der Justiz und für Digitalisierung
- 1309 • Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- 1310 • Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 1311 • Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

- 1312 • Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
- 1313 Die CDU stellt den stellvertretenden Ministerpräsidenten und hat das Vorschlagsrecht für die
- 1314 folgenden Ressorts:
- 1315 • Ministerium des Innern und für Kommunales
- 1316 • Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- 1317 • Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa

J. Annex zum Koalitionsvertrag: Maßnahmenkatalog

Nr.	Themenbereich (Handlungsfeld)	Maßnahme (Titel)	Maßnahme (Art)	Zuständigkeit/ Ziel*
1	Arbeit (Fachkräfte)	Fachkräftestrategie	Überarbeitung der Fach- und Arbeitskräftestrategie	MWAEK 2026
2	Wirtschaft (Rohstoffe)	Rohstoffstrategie	Nutzung heimischer Rohstoffpotentiale stärker verankern	MWAEK 2026
3	Arbeit (Tarifentwicklung)	Vergabe/Tariftreue	Aufhebung des Vergabegesetzes und Einführung einer Tariftreueregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge unter Berücksichtigung des Berliner Modells und des gemeinsamen Tarifregisters	MWAEK 2026/ 2027
4	Wirtschaft (Außenwirtschaft)	Außenwirtschafts- Konzept	Stärkung der Wahrnehmung Brandenburgs und Prüfung der Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland	MWAEK 2026
5	Energie (Erneuerbare Energien)	EE-Genehmigungs- Verfahren	Beschleunigung der Genehmigung von EE- Anlagen (Geothermie)	MWAEK 2026
6	Wirtschaft (Unternehmensförderung)	Meisterausbildung	Einfachere Beantragung der Meistergründungsprämie und Einführung Meisterbonus	MWAEK 2026
7	Wirtschaft (Unternehmensgründung)	Gründungsoffensive	Brandenburg als Standort für Gründerinnen und Gründer positionieren, Erhalt der umfassenden Beratungs- und Förderangebote, Weiterentwicklung der Innovationsstrukturen	MWAEK 2026
8	Wirtschaft (Unternehmensgründung)	Start-up-Zentren	Stärkung Brandenburgs als innovativer Wirtschaftsstandort durch Unterstützung der Start-up- Zentren und von Zukunftsbranchen sowie der Vermittlung von spezifischem Know-how zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	MWAEK 2026

9	Wirtschaft (Filmwirtschaft)	Film- und Medienförderung	Weiterentwicklung der Film- und Medienförderung, Stärkung des Standorts Babelsberg, Unterstützung der Filmbranche, weitere standortfördernde Maßnahmen und filmtouristische Erschließung Brandenburgs	MWAEK 2026
10	Energie (Strukturwandel)	Net-Zero-Valley	Planungs- und Genehmigungsbeschleuni- gung für das Net-Zero- Valley	MWAEK 2026
11	Wirtschaft (Jugendarbeitslosigkeit)	Jugendarbeitslosigkeit	Begleitagentur bea- Brandenburg: Individueller Bildungs- oder Qualifizierungsplan für Menschen unter 25 Jahren im Bürgergeldbezug (im Sinne SGB-II- Gesetzgebungsverfahren)	MWAEK 2026/ 2027
12	Landwirtschaft (Tierhaltung)	Nutztierstrategie	Überarbeitung der Nutztierstrategie zur Verankerung vielfältiger Aspekte der Tierhaltung	MLEUV 2026/ 2027
13	Wasserwirtschaft (Wasserversorgung)	Wassergesetz	Novellierung des Wassergesetzes	MLEUV 2026/ 2027
14	Naturschutz (Wildtiermanagement)	Wildtierbestand	Überarbeitung der Verordnungen für Biber, Kormoran, Wolf zur Regulierung des Wildtierbestandes	MLEUV 2026
15	Landwirtschaft (Bodenbewirtschaftung)	Ackerbau	EU- und Bundesinitiativen in den Bereichen: Düngerecht, Pflanzenschutz Pflanzenzüchtung; Ausrichtung der Agrarministerkonferenz	MLEUV 2026- 2028
16	Wissenschaft (Berufungsrecht)	Hochschulgesetz	Modernstes Berufsrecht Deutschlands schaffen	MWFK 2026
17	Wissenschaft (Forschung)	Forschungsstrategie	Erarbeitung einer Landesstrategie zur Verbesserung der Einwerbung von Drittmitteln	MWFK 2026
18	Wissenschaft (Studierendenwerke)	Kreditaufnahme Studierendenwerke	Landeshaushaltsordnung ändern, um den Studierendenwerken das Recht zur Kreditaufnahme einzuräumen	MdFE 2026
19	Kultur (Musik und Kunst)	Musik- und Kunstschulgesetz	Überarbeitung des Musik- und Kunstschulgesetzes mit dem Ziel der deutlichen Entbürokratisierung	MWFK 2026
20	Kultur (Religion)	Staatsvertrag	Fortschreibung des Staatsvertrags mit dem	MWFK 2026

			Landesverband der jüdischen Gemeinden	
21	Kultur (Denkmalschutz)	Kloster Chorin	Überführung des Denkmals in eine Landesstiftung	MWFK 2027
22	Frühkindliche Bildung (Kindertagesstätten)	Kitafinanzierungs- Neuordnungsgesetz	Neuordnung der gesetzlichen Kita-Finanzierung, Aufnahme einer gesetzlichen Regelung zur Datenübermittlung bezüglich Kita/Schule/Hort	MBJS 2027
23	Frühkindliche Bildung (Kindertagesstätten)	Frühkindliche Bewegungsförderung	Einführung eines neuen Fortbildungsschwerpunkts „Bewegungsförderung und körperlich-motorische Entwicklung“ im SFBB sowie Prüfung einer Änderung der KMK-Rahmenvereinbarung zur Erzieherausbildung zur nachhaltigen Stärkung des Ausbildungsinhalts Bewegungsförderung	MBJS 2027
24	Bildung (Schule)	Lesen-Schreiben-Rechnen-Offensive	Lese- und Rechenband in allen Grundschulen verbindlich einführen, eine zusätzliche Stunde Deutsch in der Grundschule	MBJS 2027
25	Bildung (Schule)	Unterrichtsverpflichtung	Evaluation Anrechnungs- und Entlastungsstunden	MBJS 2027
26	Bildung (Schule)	Rahmenlehrpläne	Überarbeitung und Einführung landeseigener Lehrpläne für die Kernfächer Deutsch/ Mathematik und Englisch	MBJS 2027
27	Polizei (Modernisierung)	Polizeigesetz	Polizeigesetz modernisieren und die Einsatzkräfte mit den notwendigen Befugnissen ausstatten	MIK 2026
28	Polizei (Personaleinsatz)	Einsatzhundertschaft	Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte im Umfeld des BER, Freisetzung von Kräften für landesseitige Aufgaben, v.a. in der erweiterten deutsch-polnischen Grenzregion	MIK 2026/ 2027
29	Ordnungsbehörden (Modernisierung)	Ordnungsbehörden-Gesetz	Novellierung des Ordnungsbehördengesetzes mit Überprüfung und ggfs. Erweiterung der Befugnisse für die Ordnungsbehörden	MIK 2026
30	Stiftungen (Resilienz)	Stiftungsfinanzierungsgesetz	Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen	MIK 2026

31	Feuerwehr (Unterstützung Kommunen)	Brand- und Katastrophenschutz	Konzeptionierung eines Musterfeuerwehrgerätehaus es für einen effizienten Miteinsatz	MIK 2026
32	Katastrophenschutz (Sicherheit)	Krisenresilienz	Konzeption zur Notstromversorgung in der Landesverwaltung, Prüfung eines geeigneten Rechtsrahmens für Krisensituationen sowie möglicher landesrechtlicher Regelungen zum Eigenschutz von KRITIS- Betreibern	MIK 2026
33	Justiz (Modernisierung)	Richtergesetz	Modernisierung und Stärkung der Justiz, mehr Richterinnen und Richter in der Fläche einsetzen, Sicherung der Mitbestimmung in der Justiz	MdJD 2026
34	Justiz (Ausstattung)	Justizvollzug	Maßnahmenpaket zur Stärkung der Sicherheit und der personellen Ausstattung im brandenburgischen Justizvollzug	MdJD 2026
35	Justiz (Asylrecht)	Pakt für schnelle Asylgerichtsverfahren	Einsatz von Richterinnen und Richtern beschleunigen, Einrichtung der Asyl- dokumentationsstelle beim OVG Berlin-Brandenburg und Anpassung der Gerichtszuständigkeiten	MdJD 2026
36	Gesundheit (Pflege)	Hospiz- und Palliativversorgung	Einrichtung eines Runden Tisches zur Entwicklung von Handlungsoptionen mit dem Ziel, die Hospiz- und Palliativarbeit zu verbessern	MGS 2026
37	Gesundheit (Prävention)	Nichtrauchenden- Schutzgesetz	Änderung des Nichtrauchendenschutz- gesetzes (u.a. Dämpfe von E-Zigaretten/Cannabis- konsum in öffentlichen Einrichtungen verbieten)	MGS 2026
38	Gesundheit (Ärztemangel)	Landärztegesetz	Einführung einer Landarztquote	MGS 2026/ 2027
39	Gesundheit (Krankenhäuser)	5. Krankenhausplan	Fertigstellung des 5. Krankenhausplans unter Berücksichtigung der neuen bundesgesetzlichen Vorgaben	MGS 2027
40	Gesundheit (Pflege)	Landespflugesetz	Aufnahme des „Paktes für Pflege“ in das Landespflugesetz	MGS 2027

41	Daseinsfürsorge (Ländlicher Raum)	Ladenöffnungsgesetz	Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes zur Betriebung von Smart Stores 24/7	MGS 2026
42	Soziales (Kinder- und Jugendschutz)	Kinderschutzhinstitutsambulanzen	Einrichtung von Kinderschutzhinstitutsambula nen/ Kinderschutz-/ Childhood-Häuser	MGS 2026/ 2027
43	Soziales (Gewaltprävention)	Gewalthilfegesetz	Auf- und Ausbau der mit dem Gewalthilfegesetz normierten Hilfesysteme	MGS 2026
44	Soziales (Menschen mit Behinderung)	Behindertengleichstellungsgesetz	Evaluierung des Behinderten- Gleichstellungsgesetzes	MGS 2026/ 2027
45	Soziales (Familien)	Familienportal	Digitalisierung des Familienpasses	MGS 2026/ 2027
46	Soziales (Senioren)	Seniorenpolitische Leitlinien	Fortschreibung der Leitlinien zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen	MGS 2027
47	Landesplanung Regionalentwicklung (Entwicklung)	LEP Hauptstadtregion	Überprüfung des LEP HR mit dem Ziel, Entwicklungsspielräume für Gemeinden außerhalb der Verdichtungsräume zu erweitern	MIL 2026
48	Infrastruktur (ÖPNV)	VBB-Tarifsystem	Azubi-Ticket wieder einführen	MIL 2026
49	Infrastruktur (Straßen/Radwege)	Brandenburgisches Straßengesetz	Gesetzesnovellierung: Senkung von Kosten durch Überprüfung von Standards im Straßen- und Radwegebau sowie Beschleunigung bei der Planung und Genehmigung von Vorhaben	MIL 2026
50	Landesplanung/ Regionalentwicklung (Bauen)	Bauordnung	Novellierung der Bauordnung und der Baugebührenordnung, Einbringung weiterer Veränderungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Verkürzung	MIL 2026
51	Landesplanung/ Regionalentwicklung (Entwicklung)	Integrierte Stadtentwicklung	Verfahren zur Aufstellung und Fortschreibung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) vereinfachen	MIL 2026
52	Landesplanung/ Regionalentwicklung (Bauen)	Wohnraumförderung	Anpassung der Wohnraumförderung mit dem Ziel, die Förderung selbstgenutzten Wohneigentums zu stärken und die Einkommens- grenzen an die aktuelle	MIL 2027

			Einkommensentwicklung anzupassen	
53	Staatsmodernisierung/ Bürokratieabbau (Moderne Verwaltung)	Umsetzung Bund-Länder Beschlüsse vom 04.12.2025	Reduzierung und Bündelung von Berichts-, Informations-, Nachweis-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten; Reduzierung von Vorschriften, die pauschal die Vorlage beglaubigter Kopien oder Abschriften verlangen	Staatskanzlei MdJD 2026
54	Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Brandenburgisches E-Government-Gesetz	Verbesserung der Digitalisierung in der Landesverwaltung, u.a. durch Einführung des „Once-Only“-Prinzips	MdJD 2026/ 2027
55	Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Onlinezugangsgesetz (OZG)	Umsetzung von 10 Fokusleistungen mit Schwerpunkt u.a. Wohnsitzummeldung, Elterngeld, An- und Abmeldung von Unternehmen	MdJD 2027
56	Digitalisierung (Moderne Verwaltung)	Künstliche Intelligenz	Einführung eines KI-Assistenten in der Landesverwaltung 2026 und in den Kommunen in 2027	MdJD 2026/ 2027
57	Finanzen (Haushalt)	Beamtenwesen	Keine neuen Verbeamtungen außer im hoheitlichen Kernbereich/ Bildung	MdFE 2026
58	Finanzen (Haushalt)	Personal	Schrittweise Reduzierung der Personalkosten um fünf Prozent	MdFE 2026- 2029
59	Finanzen (Haushalt)	Beauftragtenwesen	Kritische Überprüfung des Landesbeauftragtenwesens	MdFE 2026- 2029
60	Finanzen (Haushalt)	Liegenschaften und Dienstleistungen	Hebung von Einsparpotentialen in der Landesverwaltung bei Mieten für Büroflächen, Dienstleistungen, etc.	MdFE 2026- 2029

* Die Zuordnung der Zuständigkeiten folgt den bisherigen Ressortzuschnitten und -bezeichnungen (Stand 04.03.2026)